

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis pro Jahr: 75 Halbpennig monatlich zusätzlich 6 Halbpennig Postgebührengebühr. — Bestellungen nehmen alle ansehnlichen Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 27, entgegen. — Einzelhefte: 10 Halbpennig. — Der Inhalt enthält den Bericht von der Haltung für Verfassung und Unabhängigkeit.

Abbestellungspreis: Für die abonnierten Mitglieder: 75 Halbpennig. — Abbestellungspreis: 10 Halbpennig. — Einzelhefte: 10 Halbpennig. — Der Inhalt enthält den Bericht von der Haltung für Verfassung und Unabhängigkeit. — Einzelhefte: 10 Halbpennig. — Der Inhalt enthält den Bericht von der Haltung für Verfassung und Unabhängigkeit.

Nummer 17

Halle (S.), 23. April 1927

3. Jahrgang

Rückblicke und Ausblicke

Die Erinnerungen des Prinzen Max — Der letzte kaiserliche Kanzler — Vergebliche Warnungen — Amerikanische Taktlosigkeit — Wilhelm II. überbietet sie — Strefemans Osterartikel — Frankreich lehnt die Initiative zur Rheinräumung ab — Russische Ausföhrung mit der Schweiz Teilnahme Moskaus an der Weltwirtschaftskonferenz? — Die Rücksticht auf China — Japanischer Kabinettswechsel — Englische Wichtigen auf Hankau — Die dritte Armee im Reiche der Mitte — Bruch zwischen Moskau und Peking — Neue Gefahren auf dem Balkan — Mussolinis Nein

Prinz Max von Baden, des kaiserlichen Deutschlands letzter Kanzler hat nun nach acht Jahren seine Erinnerungen veröffentlicht. Sie stellen, so vorzüglich sie in der Form sind, eine leidenschaftliche Anklage dar. Grund genug für die Reichspresse, über den Prinzen herzufallen, den sie immer als einen Betrüger am Kaiserthron oder als einen fanatischen Hingehüllten haben. Den hohen sittlichen Gehalt seiner Ausführungen wegen sie allerdings nicht zu unterschätzen. Man kann sein Schicksal in der Tat als die Tragödie des Völkervertragens bezeichnen. Das unterirdische Innere ja auch so stark von Lüdenborff, er wollte nicht sich, sondern die große Sache, für die eine Nation kämpfte und litt. Er war deutsch, nichts als deutsch und hatte nicht die feinfühlernde Gemüthsart anderer Fürsten, die das große Völkervertragen nur als eine ausgezeichnete Gelegenheit betrachteten, ihre eigene Hausmacht zu vergrößern und die Seitenlinien auf fremden Thronen unterzubringen. Freig genug hat Prinz Max von Baden die innere Unzufriedenheit eines Sieges erkannt. So tritt er rechtzeitig als Wächter und Warner auf. Schon zu Beginn des Jahres 1918, ehe die Offensiven Lüdenborffs in Frankreich hielten. Nach diesen Misserfolge wird er dringend, Wilhelm II. läßt sich für ihn der Schwere seiner Throner die Gefahr für den Thron deutlich genug zum Ausdruck bringen. Zu spät wird er benutzt, das erste parlamentarische Kabinet zu bilden. Prinz Max wird er dem Hof. Den Waffenstillstand wird er ab. Er erkennt die notwendige Wirkung, die diese Eingangsentscheidung auf ein von Militarismus behelgtes Heer und Volk haben muß. Aufschlagsgefühl ringt sich schließlich auch diese Selbstüberwindung ab. Und dann folgt der 9. November. Max von Baden will die Dynastie retten, Kaiser und Kronprinz aber offen. In Dorn ist ihm das nie vorzuziehen worden. Doch hält man sich heute noch Kaiserthron und die eigene Person für identisch. Schwere Vorwürfe wurden gegen Max erhoben, weil er den Rücktritt des Kaiser vorzuziehen hat, ehe eine schriftliche Ermächtigung dazu vorlag. In Wahrheit ist eine solche Tat, die uns Ströme Blutes ersparte. Mit der Reichsregierung des letzten Hohenzollern auf dem Thron fand er sich eben gefällig ab. Er dachte an Deutschland, Wilhelm II. und seine Anhänger nur an sich. Und noch eines ist er, was wir ihm danken. Er machte Ebert zu seinem Nachfolger. Wenn jemand, dann hat er die Ehre der ersten Brüder verdient. Einer der wenigen in ihrem Kreise, der wirklich national war. Daß die Deutschen nicht ausen dafür kein Verständnis haben, begreifen wir durchaus.

Nach Wärttermeldungen hat ein amerikanisches Komitee in Boston Wilhelm II. zu einem Geleitswort für eine Totenfeier der im Kriege Gefallenen aufgefordert. Reichlich geschmacklos und lediglich Sensationsbedürfnisse nachspüren. Diese Art Amerikanismus setzt sich gern über die Grenzen des Laftes hinweg. Verleumdete auch die eigene Haltung. Jeder habe geglaubt, für eine gute Sache zu kämpfen. Im Taktlosigkeit wurden aber die Amerikaner noch überboten. Aus Dorn kam eine Antwort, die Börner und Klauen hatte, ein Privatintimimus bei der dumme amerikanische Politik. Sachlich hat der Kaiser selber nicht unrecht, und in den Vereinigten Staaten würde ja auch nachträglich mit Wilson Bericht gehalten. Nur dürfte er das nicht schreiben lassen, denn schließlich war er es, der, wenn auch nur zögernd und gegen seine bessere Ueberzeugung, die Zustimmung zum unbeschränkten U-Bootkrieg erteilte und damit den Zerbruch zum Eingreifen lieferte. Köhne der Kaiserliche Blick auf das deutsche Volk, so hätte er sich diesen Erfolg sparen, der drüber nur verstimmen kann. Aber man will ihm nicht mehr verlangen, als er zu leisten vermag. Das Urteil über ihn, den größten Mißerfolg der Weltgeschichte, wie ihn Onkel Edward in London marmoriert, ist ohnedies fest.

In einem Osterartikel der Köhnen Zeitung hat vornehmlich die deutsch-französische Beziehungen besprochen. Er istob den Anderen die Initiative für die Rheinräumung aus, offenbar in der wohlgemeinten Absicht, raus keine Fragefrage zu machen, sondern den Franzosen eine Gelegenheit zu einer großen Geste zu bieten. Es war das Böse. Daß der Temps und der Matin sich

niemals lebhaft dagegen wandten, begreifen wir zur Not, aber selbst Wärtter der Linken haben recht unfreundliche Töne gefunden. Man wolle, daß der Reichsaussenminister keinerlei Gegengabe zu bieten habe. Diese Darstellung ist schief und verrät doch eine gewisse Unzulässigkeit, denn Deutschland hat sein Jugendschicksal bereits in Locarno gemacht. Der freiwillig und endgültige Bericht auf Elisch-Lothringen ist ein gewaltiges Opfer, das der Sicherheit Frankreichs gebracht worden ist, und für das wir bisher keinerlei Vergütung erhalten haben. Die Räumung Kölns war durch den Vertrag gegeben, gehört also überhaupt nicht in das Kapitel Locarno. Die Aufhebung gewisser Rheinlandordnungen, die zum Teil rechtschuldig waren, konnte nur eine Selbstverständlichkeit darstellen. Verzicht auf die ehemaligen Reichslande haben wir nur, um dafür die Freiheit des Rheines einzutauschen. Wenn Deuere fragt, was wir finanziell dafür zu gewähren hätten, so können wir nur darauf antworten, daß Deutschland ja bereit war, die Eisenbahnobligationen sofort in Höhe von 2 Milliarden zu mobilisieren, daß aber dieser Vorschlag an der Finanzpolitik Boncares und seiner Ablehnung des Washingtoner Schuldabkommens gescheitert ist. Nachdem Frankreich offenbar nicht geneigt ist, mit uns zu verhandeln, müssen wir handeln. Der Artikel 10 der Wärtterbündnisse und einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages geben uns ein Recht auf vorzeitige Rheinräumung. Man wird sich hoffentlich in Paris nicht wundern, wenn Deutschland eines Tages auf diese Paragrafen geföhlt sein gutes Recht fordert. Für eine große Geste ist dann keine Zeit mehr.

Die Russen haben ihren Frieden mit der Schweiz gemacht. Die unglückselige Ermordung Worowits wird nachträglich geföhlt. Eigentlich hatte das die Eidgenossenschaft längst zugestanden, und man sieht vorgebildlich die beiden amüsanten Communiqués durch, um etwas Neues darin zu entdecken. Nicht einmal die Schadenersatzsumme ist festgelegt worden. Man hat sich in Berlin, dem einzigen Ort, wo beide Staaten diplomatisch voll vertreten sind, aber übrigens ohne Zutun der Reichsregierung, lebendigig gründlich geeinigt, ohne auf Einzelheiten eingegangen. Also hat Moskau das getan, was es vor Jahresfrist ablehnte. Dafür müssen sich Gründe vorhanden sein. Und sind es auch. Bis her wollten die Russen einen Vorwärt haben, um Schweizer Boden nicht zu betreten. Der Völkervertrag lehnen sie noch heute ab, das hat die Rede Kaptoms auf dem russischen Kongress gezeigt, aber auszusprechen lassen will man sich in Genf nicht mehr. Auf der Weltwirtschaftskonferenz werden Vertreter der Sowjets

Wenn Rußland so einen Wandel vollzieht, geföhlt es vermuthlich im Hinblick auf China. Nicht die streitenden die Großmächte, die umsetzung hinter den Kulissen tätig sind. Der Kampf spielt sich in erster Linie zwischen Rußland und England ab. Amerika hält sich zurück. Italien, im britischen Schlepptau, hat dort keine übermäßigen Interessen zu verteidigen, und Frankreich kann sich nicht so weit vorwagen, um nicht seine Kolonien Indochina zu gefährden. Bleibt eigentlich nur Japan als Dritter im Bunde. Es ist in der Tat auf stark umworben, macht aber vorwiegend seine eigene Politik. Obwohl durch eine Weltwirtschaftskrise von gewaltigen Umfang schwer erschüttert, scheint das neue Kabinet, das oben erst aus der Opposition gebildet worden ist, etwas an gepanzerte Front zu denken. Der Einbruch ist jedenfalls vorläufig der eines entschlossenen Machtwillens. Nur, wie er sich äußert, kann man beim besten Willen noch nicht übersehen. Sicherheit nicht im englischen Sinne, denn wenn man in London entschlossen scheint, die gute Gelegenheit wahrzunehmen, und sich für alle Zeiten in Pantan und Manting häuslich niederzulassen, so trifft das bestimmt nicht mit der japanischen Auffassung zusammen. Die letzten Endes Affen als eigene Domäne betrachtet. Zunächst freilich wird man in Tokio kaum geneigt sein, eine offene Gegengestalt mit den Breiten beizubringen, schon um nicht eine Gemeinbürgerschaft der Angehörigen zu erzielen. Aber wir sind es gewöhnt, daß Japan seine Ziele ruhig und auf lange Sicht san verfolgt. Das haben wir auch in Kriemhild erlebt. Der Kampf um das Reich der Mitte beginnt erst, wenn der Kampf im Reich der Mitte beendet ist.

Die Vorgänge in China selbst lassen an Beworrenheit nichts zu wünschen übrig. Dem Fremden wird es nachlos schwer, sich in diesen Kämpfen zurecht zu finden. Seitdem vor wenigen Tagen Tsching Kai Schok unter Bruch mit den Kommunisten eine dritte Regierung errichtet hat, kann man überhaupt keine Prognoseungen mehr aussprechen. Man weiß nicht einmal mit Sicherheit, wer hinter jedem dieser Heerherren steht. Ob sich die Londoner Hoffnungen bewahrheiten, daß Ranton nurmehr erledigt ist, muß die Zeit ergeben. Jedenfalls ist der Bruch zwischen Peking und Moskau endgültig, nachdem die russische Forderung auf Freilassung der Gefangenen und Herausgabe des in der Sowjetbürgschaft beschlagnahmten Eigentum abgelehnt worden ist. Vermuthlich nicht ohne englische Beihilfe. Militärisch geht es drüber und drunter, und es bleibt abzuwarten, wie sich die Aufstellung dieser neuen dritten Armee auswirkt. Jedenfalls wird man gut tun, mit langwierigen Bürgerkriegen zu rechnen und sich immer die Gefahr vor Augen zu halten, daß plötzlich die Großmächte hineingezogen werden. Rußland selbst verspielt dazu offenbar keine Lust, während England vermuthlich gerade darauf hinarbeitet, den Bolschewismus dort zu schlagen, um er noch am schwächsten ist. Nur kann man sich in London täuschen, wenn man glaubt, dann Grenzen gegen Europa mit Leichtigkeit ziehen zu können.

Damit der gequälte alte Erdteil nicht zur Ruhe kommt, hat Mussolini in einer Note die Verhandlungen, die Jugoslawien anbot, dadurch zunichte gemacht, daß er den Tirawertrag, der Albanien Italien auslieferet, als unauflöslich bezeichnete und zugleich von Belgrad die Ratifizierung des Nettuno-Vertrages forderte, der unter ganz anderen Voraussetzungen vereinbart worden war. Damit spitzt sich der Konflikt wieder heillos zu. Die französische und englische Presse nehmen jetzt gegen Mussolinis Stellung, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß sowohl die Times wie der Matin amtliche Meinungen dabei vertreten. Noch sind die Diplomaten am Werk, vermuthlich auch die deutschen, um den Sturm zu beschwören, aber man ist sich in allen Hauptstädten darüber klar, daß man sich nicht so leicht beruhigen kann, wenn man nicht eines Tages, von einem Balkankriege überrascht werden wird. Besonders bedrohlich ist dabei die Lage Frankreichs, das als Bundesgenosse Jugoslawien nicht preisgeben kann. Wir selbst müssen natürlich unsere Neutralität streng bewahren. Richard May.

Geht Sie das an?

Haben Sie schon in diesem Jahre für die Partei ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann beileben Sie sich, damit wir Sie in die Liste der Förderer eintragen können.

Jeder organisierte Demokrat hat im Laufe dieses Jahres der Partei ein neues Mitglied zuzuföhren.

regierung wohl nun erscheinen. Vielleicht aus wirtschaftlichen Erwägungen, obwohl man sich über die Erfolge des Systems in Moskau noch sehr überschwindlich äußert. Sehr ernst nehmen wir diese Möglichkeit nicht. Viel größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß man am Lac Deman nur ein klein wenig intrigieren will. Dort findet man sich zwanglos mit den Staatsmännern aller Völker zusammen. Und Rußland kennt keine Feinde, kennt aber auch die heimlichen Gegner dieser Feinde. Da läßt sich vielleicht das eine oder andere anspinnen.

Schulfragen und Landwirtschaft

Die Nummer 8 der Zeitschrift „Die Hilfe“ bringt diesen beachtenswerten Artikel unseres Parteifreundes, Regierungs- und Schulrat K. u. a. H., Magdeburg.

Die Erziehungsfrage des deutschen Volkes ist eine Frage seiner Bildung. Unsere hochentwickelte Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft, Handel und Verkehr brauchen nicht nur Maschinen und Kraft und Erze, nicht nur Eisenbahnen und Schiffe, Automobile und Flugzeuge, die Wirtschaft benötigt gegenwärtig und zukünftig auch Menschen, und zwar Menschen mit klarem Verstand und mit fittlicher Einflucht und haushälterischem Denken und Handeln, mit einem Wort: hochqualifizierte Menschen.

Unsere deutsche Landwirtschaft befreit sich nach dem Kriege neue Wege. Rationelle Bewirtschaftung, größtmögliche Intensivierung wird auch im bäuerlichen Betriebe angestrebt. Die neuen Wege erfordern auch dem Kleinbauern eigenes Nachdenken und — was ebenso wichtig ist — eine gewisse sittliche Einflucht auch zum einsatzfähigen Landarbeiter. Bei der Bestellung des Bodens, in der Vieh- und Melkwirtschaft, in der Feld- und Gartenarbeit, bei der Bewertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, überall gilt es, denkende Qualitätsarbeit zu leisten. Qualitätsarbeit kann aber, auf welchem Gebiete es auch sei, nur von Qualitätsmenschen geleistet werden. Die vornehmste Aufgabe unserer demokratischen Volkstaates wird daher stets sein müssen, den Bürgern die wertmäßigste Bildung und Ausbildung zuteil werden zu lassen, um Qualitätsmenschen heranzubilden.

Gemäß hat der Krieg der gewaltige Zerstörer, unermessliche wirtschaftliche Werte vernichtet, die wieder hergestellt werden müssen. Wichtiger jedoch ist es, die Opfer an Menschentum — die Blutsopfer — so schnell als möglich zu ersetzen.

Preußens größter König kann uns auch hierin wegwandeln sein. Nach seinen Kriegen trieb er eine gesunde Bevölkerungspolitik, indem er Frauen ansiedelte. Freiherr vom Stein hat das Werk seiner großzügigen Bauernpolitik fortgesetzt. Nach dem Überfall unseres Volkes ist eine umfassende Siedlungs- und Bildungs- und Erziehungspolitik des Tages. Als Bauernprophet bin ich persönlich der festen Überzeugung, daß zum Wiederaufbau unseres neuen Vaterlandes ein wirtschaftlich starker, zahlreicher Bauernstand dringend notwendig ist. Es gilt, um mit Friedrich Naumann zu sprechen, Bauernhöfe vom Rhein bis zur Rhodan, von den Alpen bis zur Nord- und Ostsee zu schaffen. Durch eine großzügige Siedlungs- und Erziehungspolitik, deren Großopfer noch Blut und Ehre süßeren, der näheren Mutter Erde wieder zugeführt werden. Tausenden von deutschen Volksgenossen kann auf diesem Wege eine Heimstätte auf eigener Scholle bereitet, ihnen ein Vaterland im wahren Sinne des Wortes geschaffen werden. Ist doch die eigene Scholle eine Quelle fittlicher Kraft und im Jungbrunnen der Familie. Die beste Sozialpolitik ist daher Siedlungs- und Erziehungspolitik in jeder Form. Bauernsiedlungen schaffen heißt Familien begründen und gesunde Bevölkerungspolitik treiben. Menschen und Erde gebären zusammen. Tausende von Menschen, die sich in der Großstadt nicht mehr nähren können, müssen der Mutter Erde wieder zugeführt werden.

Für den tollkühnen Menschenmachungs, auch auf dem Lande, müssen die besten Schulen geschaffen werden. In Preußen gehen heute etwa 6 Millionen Kinder, das sind 94 Prozent der gesamten Jugend, durch die Volksschule. Sie soll dem Staat Menschen mit Qualitäten bilden. Nur Menschen mit Intelligenz, Fleiß, Pflichterfüllung und Gewissenhaftigkeit schaffen Werte. Die Volksschule soll zum Qualitätsmenschen den Grund legen. Sie soll selbständige, wahrhafte, verantwortungsbewußte und tüchtige Menschen bilden, die die Selbsttätigkeit zurücklassen und die der Gemeinschaft leben wollen. Ausgehend von der Heimat, sollen die Volksschulen deutsche Sprache, deutsche Geschichte, deutsches Wissen und Können, Ethik, Kunst und Religion auf dem Wege der Arbeitslehre lehren und betreiben. Solch eine Volksschule ist ein „werbender Betrieb“ im höchsten Sinne des Wortes. Sie ist die Pflanzstätte, in der Zukunftsaufbau ausgetrieben wird. Der Volksschule soll daher auch die Landwirtschaft jedes Opfer bringen. Je besser unsere Volksschule, desto weniger Altvordere Häuser und Gefängnisse wird unser Volkstaat benötigen.

Ohne Zweifel bedeutet das in der zweiten Hälfte der Republik geschaffene Reichsbürgerschulgesetz einen großen Fortschritt für unsere Volksschule und für unser Bildungswesen überhaupt. Die gesamte deutsche Jugend wird in den ersten vier Jahren in das deutsche Kulturgut gemeinsam eingeführt. Die Kinder aller Volksschichten lernen sich vier Jahre lang kennen. In dieser Zeit wird der Grund zu dem vom Staat angeordneten Volksgemeinschaft gelegt. Den Segen der Grundschule werden wir erst recht erkennen, wenn die durch die Grundschule gegangene Generation miteinander im Leben stehen wird. Die Einsprüche der ersten Schulzeit bleiben fürs Leben haften. Sie klären das Urteil für später, und sie werden zu gegenseitigem Bestehen beitragen. Die Grundschule wird

Brücken schlagen zwischen den einzelnen Schichten und die soziale Geminnung unseres Volkes fördern. Gemeinsam verleihe Grundschulzeit die Vorstufe und Vorbereitung zu einer rechten Volksgemeinschaft, der zuzustreben aus nationalen Gründen nottut.

Schon heute kann gesagt werden, daß das Grundschulgesetz der größten Bildungstätte, unserer Volksschule, den Charakter der früheren Armen- und Arbeiter-Volksschule, was von jeder einseitigen Menschen und Menschenfreund nur als richtig anerkannt und begrüßt werden wird. So legt die Grundschule das geistige Fundament, auf dem Volks-, Mittel- und höhere Schulen, aber auch Berufsschulen, Volkshochschulen und Universitäten weiterbauen können.

Die Volksschule, die neben ihrer erzieherischen Aufgabe ausschließlich eine Allgemeinbildung vermittelt, bedarf nun dringend einer Erweiterung. Nach Artikel 145 der Reichsverfassung hat sich auf der Städtischen Volksschule die Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahre aufzubauen. Das preussische Gesetz vom 30. Juli 1923 sieht die Durchführung der Fortbildungsschulpflicht auch auf dem Lande vor. Leider stehen wir in Preußen noch in den Anfängen der Durchführung. Es sei mir kurz erwähnt, daß in außerparlamentarischen Kulturkreisen, vor allem in England, das Fortbildungsschulwesen durch das Schulgesetz vom 8. August 1918 großartig ausgebaut worden ist. Die Fortbildungsschule ist dort bis zum 18. Lebensjahre mit jährlich 280 und 320 Stunden den beiden Geschlechtern zur Pflicht gemacht. Der Unterricht muß in der Arbeitszeit der Schüler erteilt werden und darf nicht zwischen 7 Uhr abends und 8 Uhr morgens stattfinden. Für die männliche Jugend sind folgende Lehrgegenstände vorgeschrieben: Englische Sprache, Geschichte, Erdkunde, Landwirtschaft, Pflanzenkunde, landwirtschaftliche Arithmetik und Geometrie, Handwerk, körperliche Übungen und Musik. In zweiten und dritten Schuljahr wird der Stoff vertieft und erweitert. Neu treten hinzu: Das Lesen und Schreiben von Landkarten Zoologie, elementare Mechanik und Schachspiel, und im dritten Schuljahre: Bürgerkunde, elementarer Gartenbau und Ackerbau mit Viehzucht, Hausbuchführung, Samen und Gekochte Lebensmittel. Der Zeitraum der Ausbildung beträgt: Englische Sprache, Geschichte, Erdkunde, hauswirtschaftliche Handfertigkeit, Landwirtschaftslehre, Pflanzenkunde, Buchführung, Bürgerkunde, Milchwirtschaft, Geflügel- und Viehzucht, Gartenbau, Krankenpflege, körperliche Übungen, Musik und Schachspiel. Religionsunterricht wird in den englischen Fortbildungsschulen nicht erteilt.

Nach Schweden, Frankreich, Italien und Desterreich widmen sich in den letzten Jahren dem Ausbau ihres Fortbildungsschulwesens mit besonderem Eifer.

Die außerpreussischen Länder, vor allem Baden, Sachsen, Hamburg und Württemberg haben ihre Fortbildungsschulwesen gleichfalls mit Eifer ausgebaut. In Baden hat jedes Dorf und jede Stadt bereits seit 1874 keine Pflichtfortbildungsschule und zwar für Knaben und Mädchen.

Wie steht es nun mit dem ländlichen Fortbildungsschulwesen in Preußen? Von etwa 30 000 in Preußen zu errichtenden ländlichen Fortbildungsschulen waren im Jahre 1925 erst 7762 überführt. Das ländliche Fortbildungsschulwesen steht überhaupt noch in den allerersten Anfängen.

Die Fortbildungsschule hat zunächst die Aufgabe, unsere Jugend bei der Abfertigung vor der geschäftlichen Betätigung für den in der Reichsverfassung verantworteten Volkstaat zu erziehen. Die Erziehung zum deutschen Staatsbürger hat daher im Mittelpunkt des Unterrichts zu stehen, dessen ethisch geistiges Ziel die Erziehung zur eigenen Volksgemeinschaft ist. Der Unterricht hat im wesentlichen die Aufgabe, im Anschluß an das Schulwissen der Volksschule und in steter Beziehung zur Heimat die Kenntnisse und Fertigkeiten der Jugendlichen zu entwickeln und sie zur Erfüllung der Aufgaben und Pflichten in Beruf, Familie, Gemeinde und Staat zu befähigen. Dabei wird der Unterricht auf die bäuerlichen und kleingewerblichen Belange besonders Rücksicht zu nehmen haben.

Unterrichtsgegenstände der ländlichen Fortbildungsschule müssen sein: Staatsbürgerkunde und Lebenskunde, deutsche Sprache, landwirtschaftliche Naturkunde, Wirtschaftskunde, ländlich eingetragenes Rechnen, zeichnende Paumlehre und ländliche Buchführung. Fragen der Bodenreform und des Siedlungswesens sind in den Lehrplan mit aufzunehmen. Die Fortbildungsschulen für Mädchen sind entsprechend den weiblichen Aufgaben und Pflichten durch Hinzunahme von Hauswirtschaft, Handfertigkeit, Gartenbau, Gesundheitslehre und Musik auszugestalten.

So ist in Preußen auf dem Gebiet des ländlichen Fortbildungsschulwesens noch viel zu leisten. Möge der Bauernstand, mögen unsere Volkserzieher Mittel und Wege finden, die ländlichen Fortbildungsschule auch in Preußen bald zur Durchführung zu bringen, um unserer bäuerlichen Jugend willen.

me, denn erstens hätte die Gesetzgebung von 1919 den Zweck gehabt, einen Schutz der süddeutschen Staaten für die Zukunft zu sichern und zweitens handelte es sich in der neuen Gesetzgebung nur um eine Aufwertung. Die preussische Klagefrist wird durch die beiden Argumenten überwiegen. Brauen wird die Auffassung vertreten, daß es auch Zweck der Gesetzgebung von 1919 gewesen ist, das Reich vor der Erhöhung der Entschädigungen Einzelnen zu schützen. Die verfassungsändernde Mehrheit sei beschloffen worden damit keiner Gruppe einseitig die Vorteile zugewendet würden. Dieser Grundgedanke der Gleichbehandlung aller Länder im Sinne des Gesetzes von 1919 wird von Brauen stark betont. Weiter befreit Brauen auch gegenwärtig eine Aufwertung vorgenommen wird, sondern sieht die jetzige Gesetzgebung als Neuregelung an.

Die preussische Klagefrist wird ziemlich umfangreich werden, da es sich um eine ausschließlich juristische Fundierung der Ausführlungen handelt, die Ministerpräsident Braun im Reichstag gemacht hat. Die Klagefrist wird etwa in 14 Tagen fertiggestellt sein und dann dem Staatsgerichtshof gehen.

Staatspolitische Opposition.

Die demokratischen Anträge bei den Sausatzsitzungen.

Seit Bestehen des Volkstaates ist es die Aufgabe der Demokraten gewesen, als Regierungspartei eine formungslosen Opposition zu zeigen, welche Kräfte aus dem bis zur Revolution von der Leitung der Staatsgeschäfte ausgeschlossenen Volksteilen staatspolitisch nutzbar gemacht werden konnten. Die Demokraten haben sich in ihrer Arbeit auch dann nicht ruhen lassen, als sie ziffermäßige Mißerfolge bei den Wahlen zeigten, daß wenig Rechte bei den Wahlen für die Erfüllung dieser Pflichten hatten. Jetzt sieht die Demokratische Partei in der Opposition. Über ihre Haltung zur Staatspolitik ist trotzdem unverständlich geblieben. Die Ergebnisse der Abstimmungen bei den Reichstagsauswahlsitzungen sind ein Beweis dafür, daß sich die demokratische Arbeit auch in der Opposition fruchtbar auswirkt und, wenigstens zur Klärung der Verhältnisse beiträgt.

Als vor längerer Zeit die Deutsche Reichsbeschlagsfrist dazu überging, die Eisenbahnstrassen mit einem roten Anstrich zu versehen mit der Begründung, daß der alte Anstrich als Warnungsschilder ungenügend sei, ist darauf hingewiesen worden, daß der rote Anstrich in den öffentlichen Verkehrsbetrieben national unerfährliche Folgen haben könnte, weil es den Anschein habe, als seien die Eisenbahnstrassen mit den politischen Farben versehen. Deshalb ist ein Antrag der Demokraten im Reichstag, an den Grenzen des Reiches Grenzposten mit der verfassungsmäßigen Hoheitszeichen und den Reichsfarben auszustatten, besonders für die öffentlichen Gebiete von ausgesprochen national-politischer Bedeutung. Dem haben sich erzieherische auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum nicht verschließen können, während die Deutschen Nationalen erfolglos gegen den Antrag kämpften, zu dessen Annahme sie eigentlich schon auf Grund der proklamierten Regierungsrichtlinien hätten verpflichtet sein sollen.

Die Deutschen Nationalen haben auch gegen den demokratischen Antrag gestimmt, der zum Ziele hat, für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeit eine deutsche Reichsangehörigkeit zu setzen. Es ist aber bezeichnend, daß ein Teil der Deutschen Volkspartei und auch des Zentrums dem Partikularismus der Deutschen Nationalen, der durch ihre Ablehnung zum Ausdruck kommt, nicht mitemacht hat, wodurch der reichspolitisch wichtige Antrag zur Annahme kam. Weiter über haben sich auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum für eine Reichspolitik nicht eingelassen, und der demokratische Antrag gegen die Titelverleihung in Bayern fiel bei einer geschlossenen Abstimmung der Regierungsparteien. Geradezu ungeheuerlich erscheint es, wenn von den Regierungsparteien abgelehnt wurde, die Meinungsfreiheit auf der Beamten zu achten, die für die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat eintreten, wie es ein demokratischer Antrag von Nationalität mußte den Regierungsparteien die Aufforderung unangenehm sein, eine Denkfrist über sämtliche Korrespondenzen des öffentlichen Rechts vorzulegen, die vom Reichliche Zuwendungen erhalten haben. Eine solche Aufstellung würde Klarheit über viel künstliche Stimmungsmache geben.

Wer die Hege in Erinnerung hat, die wegen Personenschematischer Minister getrieben worden ist, wird einen Antrag der Demokraten für berechtigt anerkennen, der die Anwendung des Reichsbeamtengesetzes auf die zurückgetretenen Reichsminister und Reichsminister aussticht und eine der veränderlichen Stellung der Minister im parlamentarischen Staat entsprechende Regelung zum Ziele hat. Unzulänglichkeiten im Konfessionswesen der Nachkriegszeit sind in gerade dadurch eingetreten, daß Beamte mit vollem Ministerposten ausgestattet wurden, selbst wenn sie nur einen Tag lang an der Spitze eines Reichsministeriums standen. Die Regierungsparteien haben jedoch den demokratischen Antrag geschlossen abgelehnt und sind damit der Beweis schuldig geblieben, daß sie im Konfessionswesen der Reichsminister wirklich Besserungen vornehmen wollten.

Von Bedeutung ist, daß sich die Demokraten mehrfach erfolgreich für das selbständige Bauwesen einsetzen konnten, indem sie Bestellungen zur übergrößen Befahrung der Landwirtschaft mit Roggenrenten-Vorproduktion forderten und der landwirtschaftlichen Erzeugung jolferner gehoben werden durch Mittel zur Einrichtung von Glashäusern für Obst- und Gemüsekultur. Leider haben sich die Regierungsparteien bei anderen Anträgen für die bäuerlichen Mittelstand, der auf der letzten Landwirtschaft so stark umworben wurde, ablehnend verhalten und eine völlige Freipflichtung der im Betrieb mitarbeitenden Familienangehörigen gemäß einem demokratischen Antrag

Breuhens Klage gegen das Reich.

Das Biersteuergesetz einseitigen rechtswirksam.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, hat sich die Reichsregierung, trotzdem ihr bekannt war, daß Breuen wegen dieses Gesetzes Klage beim Staatsgerichtshof erheben würde, das Gesetz, das Gesetz über die Biersteuerergemeinschaft einseitigen rechtswirksam werden zu lassen. Das Gesetz ist jetzt veröffentlicht worden und ist damit einseitigen formell rechtskräftig geworden. Inzwischen wird im preussischen Finanzministerium an der Klagefrist gearbeitet, die Breuens Einspruch gegen die

Erhöhung der Biersteueranteile der süddeutschen Staaten begründet.

Der preussische Einspruch stellt in Frage, ob das Gesetz verfassungsmäßig zustande gekommen ist. Die Begründung geht zurück auf die Gesetzgebung von 1919, durch die Bayern, Württemberg und Baden in die Biersteuerergemeinschaft aufgenommen wurden. Damals ist beschlossen worden, daß Veränderungen nur mit verfassungsmäßiger Mehrheit erfolgen können. Nun stellt sich die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die Erhöhung der süddeutschen Anteile in dem vorgemerkten Umfang trotzdem mit einfacher Mehrheit durchgeführt werden können.

Demokraten und Arbeitszeitgesetz. Eine Erklärung der Reichstagsfraktion.

Die abschließende Fassung zum Arbeitszeitgesetz begründete die demokratische Reichstagsfraktion durch eine Erklärung, die der Abgeordnete Rönneburg abgab. Die Klagen, die aus Arbeitnehmerkreisen über das Ansehen der Ueberlebenden kamen, haben eine Aenderung der geltenden Arbeitszeiterordnung vordringlich gemacht. Bei dieser Frage waren wir uns bewußt, daß eine volle Erfüllung der von den Gewerkschaften aller Richtungen erhobenen Forderungen zurzeit nicht möglich ist. Solange die deutsche Wirtschaft noch nicht völlig gesund ist, muß ihr eine gewisse Beweglichkeit in der Gestaltung der Arbeitszeit erhalten bleiben. Das schließt aber nicht aus, daß offen zutage tretende Ueberreizungen und Mißstände abgestellt werden. Zahlreiche Klagen

Heute noch

muß der Bezug für den

Monat Mai

erneuert werden.

gen über eine mißbräuchliche Anwendung der im § 11 Abs. 2 zugelassenen, sogenannten „freiwirtschaftlichen Arbeit“ ließen allseitig den Wunsch berechtigt erscheinen, diesen Absatz entweder ganz zu streichen, oder ihm eine Fassung zu geben, die eine mißbräuchliche Anwendung ausschloß.

Den Deputiertenverhandlungen der damaligen Regierungsparteien war ein Antrag zugrunde gelegt, der die Streichung vorschlug. Wir hielten im Interesse der Wirtschaft eine andere Fassung für zweckmäßiger.

Der vorliegende Gesetzentwurf verlangt die Streichung des Abs. 3 in § 11. Dafür sieht er einen neuen Absatz 2 im § 10 vor, der eine wesentliche Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeutet. Nach diesem Absatz 2 sollen auch weibliche Angestellte über 16 Jahren über zehn Stunden täglich beschäftigt werden können. Uns erscheint diese Erweiterung des geltenden Rechts gerade bei der Frauennarbeit nicht nur sozial, sondern auch kulturell außerordentlich bedenklich. Die Regelung entspricht nicht den Verpflichtungen der Reichsregierung bei ihrem Amisontritt.

Dasselbe gilt für die Bestimmungen, des § 9 in dem uns vorliegenden Entwurf. Es läßt eine Ueberforderung des gesondlichen Arbeitstages auch in solchen Betrieben zu, deren Arbeit mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer verbunden ist. Für das Bedürfnis einer solchen Erweiterung der geltenden Bestimmungen ist ein stichhaltiger Nachweis nicht erbracht worden. Die Entlastungssätze, die in den Betrieben dieser Art beschäftigten Arbeitnehmer lassen vielmehr erkennen, daß die Grenzen der individuellen Leistungsfähigkeit überschritten sind. Das Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft aber verlangt einen gesunden, arbeitskräftigen und arbeitsfrohen Arbeiterkamm.

Wir vernehmen nicht, daß gegenüber diesen Benachteiligungen im vorliegenden Gesetzentwurf auch ein grundsätzlicher Fortschritt enthalten ist. Die Gewährung einer „angemessenen Vergütung“ für Mehrarbeit, über dieser Fortschritt erstreckt der richtungsmäßigen Klarheit und Folgerichtigkeit, indem er unter Bericht auf die Festlegung einer Mindestgrenze für den Zuschlag dem Schlichter ein bindendes Recht erteilt, ein Verbot, das zu dauernder und störender Unruhe in der Stimmung der Arbeitnehmer und zu zeit- und frähererwerbenden Scherereien in den Dispositionen der Wirtschaft führen muß. Dem schon genügend vorhandenen Zinsstoff wird neuer hinzugefügt. Das Ziel, das wir uns bei unserer Mitarbeit an der vorläufigen Regelung der Arbeitszeit stecken: die Zahl der Arbeitsfreizeiten einzubringen, wird nicht erreicht. Im Gegenteil: die Anlässe zu solchen Streitigkeiten werden vermehrt.

Wir aber wollen eine Befriedigung der Wirtschaft. Wir wollen die Reibungsflächen, soweit es irgend angeht, abschleifen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß nur durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitnehmern die volle Befriedigung der deutschen Wirtschaft herbeigeführt werden kann. Da die demokratischen Anträge, dem Gesetzentwurf in diesem Geiste umzugestalten, von den Regierungsparteien abgelehnt wurden, müssen wir ihm unsere Zustimmung verweigern.

Der Wille der Jugend.

Die Ostertagung der demokratischen Jugend in Heidelberg.

Die Komantik der schönen Neckarstadt Heidelberg hat den politischen Willen der demokratischen Jugend, die sich zu Ostern dort zusammenfanden, nicht gebrochen. An die Tagung jugenddemokratischer Herzen fanden sich zusammen. Und nicht nur die Herzen glühten, auch der Verstand sprach, denn nur so ist es möglich, klar den Weg zu finden, der dann mit Freude, mit Begeisterung und mit Leidenschaft gegangen wird. Die demokratische Jugendbewegung ist in Heidelberg ein gut Stück vorwärts gekommen. Das ist ein herrliches Erlebnis.

Als Ernst Lohmeyer, der Vertreter der demokratischen Jugend im Reichstag, die Tagung mit einer Sitzung des Bundesvorstandes eröffnete, war der Protest gegen

die politische und soziale Reaktion der Reichsregierung der Ausdruck des Willens, mit dem die demokratischen Jugendvertreter aus dem ganzen Reich nach Heidelberg gekommen waren. Die Rechte hat allmählich den Mut gefunden, sich zu erer offenen Reaktion zu bekennen. Herr von Reudell ist mit seiner Personalpolitik für typischer Vertreter. Die demokratische Jugend nimmt sich nicht Zeit, den rücksichtslosen Machtwort der Vertreter der Vergangenheit zu beklagen. Sie hat immer auf den Herrschaftsbrang der Reaktion hingewiesen und hätte lieber gesehen, wenn auch der neue Staat von Anfang an der Reaktion einen gleichen Machtwort entgegengekehrt hätte. Jetzt wenigstens fordert sie durch den Mund ihres Führers Demmer, daß sich die politische Linke willig und fähig mache, als Republikaner des Herzens den republikanischen Staat zu gestalten. Der nächste Wahlkampf müsse die Sammlung aller deren bringen, die einen von freideilichem Geist erfüllten Volksstaat wollen, der stark und unabhängig soziale Wohlfahrt des ganzen Volkes pflegen kann.

Diesen innerpolitischen Willen stellte sich außenpolitisch das große Ziel an die Seite: für Deutschlands Sendung europäische einzutreten. Die erleuchteten Räumen des Heidelberger Schlosses hörten am Osterfest dieses Bekenntnis, von jugenddemokratischer Führern aus dem Reich, aus Oesterreich u. durch den badiischen Landtagsabgeordneten Hofboing formuliert. Aber auch hier blieb es nicht bei dem Bekenntnis allein, sondern die demokratische Jugend war sich bewußt der Größe der Problematik und der Hemmnisse, die einem europäischen Wirken entgegensteht. Im Reichspräsidenten und in der jugo Balkanmanngang nicht den wirtschaftliche Struktur Europas und seine Stellung in der Welt. Europäische Zusammenarbeit kann nicht bedeuten Abschluß gegen die übrige Welt. Europa kann nicht auauf sein, sondern ist weltwirtschaftlich verflochten. Die Welt handelsbilanz ist ein Zeugnis der Enteuropäisierung der Welt, aber der europäische Außenhandel dominiert noch immer. Die europäische Zollunion darf deshalb keine gesamt-europäische Konstrukt sein, sondern muß ein Mittel werden, die Hemmnisse innerhalb der kontinental-europäischen Produktion möglichst zu beseitigen, dadurch die Produktion zu verbilligen und so konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu machen. Der Weg geht über Handelsverträge auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Die politische Demokratie wird im Staat vererblich, die sozialwirtschaftliche Demokratie auf europäischer Basis erkämpft.

Am Ostermontag wurde in öffentlicher Kundgebung die politische Problematik aufgerollt. Für europäischen Not kann, so sagte Demmer, nur derjenige sprechen, der die nationale Not der letzten Jahre erlebt hat. Deshalb darf die demokratische Jugend sprechen. Hellmut Jäger fasste diesen Gedanken konkret. Europa kann nur geschaffen werden unter Wahrung der Rechte der deutschen Völkerverbinden. Europa muß das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen und deshalb auch den großdeutschen Staat möglich machen.

Die geistigen Grundlagen einer europäischen Politik zeichnete Willh. Hellpach, der ehemalige badiische Staatspräsident, der von sich selbst sagte, daß er jetzt Schulmeister in eine der schönsten Schulfächer der Welt sei. Hellpach stellt die Frage, ob sich dies Europa nicht durch sich selbst überlebt hat. Die anderen Kontinente haben ältere Kulturen, aber Europa hat sich die übrige Welt äußerlich unterworfen und innerlich ungegaltet. Es gibt geistig einen europäischen Imperialismus, dem schlimme Unzulänglichkeiten gegenüber anderen anhaftet. Jetzt wird Panuropa stark gefördert durch die Kräfte des Katholizismus. Der Gedanke des Vatikan-Europa, das im Mittelalter Wirklichkeit war, lebt heute wieder auf. Notwendig ist eine Ergänzung der paneuropäischen Triebkräfte durch das nordische Element des Protestantismus. Deshalb hat die äthnische Bewegung Nathan Söderstroms eine große Bedeutung. Religionspolitisch darf Panuropa nicht die Unterwerfung der Minderheit unter die Mehrheit sein. Und dann müssen wir unser Bild richten auf die weltgeschichtlichen Umformungen, die in der europäischen Ebene vorgehen. Nach dem Westen haben wir Deutschen nichts zu geben, weil dort ältere, ausgereiftere Zivilisationen sind. Wir dürfen die Verbindung nicht verlieren mit den jüngeren Kräften im Osten.

Dann beleuchtete Karl Franz die weltpolitischen Einwirkungen auf Panuropa, die wirtschaftlichen aus Nordamerika, die psychologischen aus Sowjetrußland und die revolutionären aus China. Und zum Schluß sprach Dr. Heinrich Simon-Frankfurt a. M. vom europäischen Menschen, der in harter innerer Auseinandersetzung mit seinem Nationalgefühl doch einmal den Schritt tun muß zum internationalen Denken und Handeln, wenn Panuropa werden soll.

Am Dienstag hatte die demokratische Jugend den Reichstagsabgeordneten Dr. Dietrich-Baden bei sich zu Gast. Dieser gewährte Einblick in die Werkstatt des praktischen Politikers, in der nicht alles so einfach verläuft, wie sich der Außenstehende vorstellt. Die Demokratische Partei kann nicht bestirmt sein. Sie muß stets das

Demokraten, führt Eure Kinder der Demokratischen Jugend

zu.

agt. Die Arbeitslosigkeit der Frau in der Landwirtschaft soll also auch weiterhin flauerlich nicht gemindert werden. Die Stiefelherstellung der Deutschen ist ein Problem, wie sich zeigte, trotz gegenteiliger Beteuerung noch schmerzhaft. Denn nur gegen ihre Stimmen soll Erwähnen an die Reichsbahn-Gesellschaft gerichtet werden, umgekehrter Bauern weitgehende Frachtoerleichterungen zu gewähren.

Beim Reichswahlrecht kam es zu einem weiteren Interesse, als in namentlicher Abstimmung Professor Brodt der Wirtschaftspartei seine Fraktionskollegen erfolgreich auf forderte, dem demokratischen Antrag für eine Änderung der Gesamtausgaben um 10 Prozent zuzustimmen. Er hielt allein und die Wirtschaftspartei trägt die Verantwortung für die hohen Kosten der Reichstags. Aber auch beim Reichswahlrecht konnte die Demokratische Partei wenigstens einige nützliche Arbeit leisten, indem sie durch einen unangenehmen Antrag das Mandat einer weiteren Forderung für die Feststellung des Maßes drückte, und auch der Antrag der Demokraten in internationalen Politik gegen die Bestimmungen des Pariser Vertrages zu wirken, der eine dem nationalen Interesse entsprechende Landesverteidigung verbietet, die unangenehm, wenn die Regierungsparteien auch Förderung des Mißsystems herausstrichen. Damit der außenpolitischen Wirkung des Antrages allseitig angenommen. Die Reichsmarine soll nach einem demselben Antrag in der Organisation vereinfacht werden. Er Notwendigkeit haben sich auch die Regierungspartei nicht entziehen können.

Die sozialen Anträge der Demokraten haben mancherklärung darüber gegeben, daß die Betonung des sozial-willens auf der Rechten noch keine Tat ist. Wenn bestmögliche die Forderung eines Kleinrentnererwerbsgesetzes mit einer Mehrheit bis zu der Wirtschaftspartei abgelehnt wurde, dann ist das eine neue Entscheidung für die vielen Alten und Schwachen, die sich in letzten Jahren der Not hilfesuchend an die Reichsregierung gewandt haben.

Schutz der Republik.

Wer ist dagegen?

Das Republikenschutzgesetz läuft in wenigen Wochen, im Juli, ab. Es war immerhin auffällig, daß die neue Regierung bei ihrem Amisontritt in der Regierungserklärung vor dem Reichstage sein Wärtchen davon gesagt hat, sie zu ihren Aufgaben auch die rechtzeitige Klärung der Frage herbeiführen würde, ob und unter welchen Umständen der Schutz der Republik auch noch Ablauf des Reichsschutzgesetzes garantiert werden soll. In den Reichstagen, die das Zentrum seinerzeit Herrn Marx für die Verhandlungen mit den Deutschen über die Neuorganisation der Reichsregierung mit auf den Weg gegeben in dem Protokoll, das über die Verhandlungen bei der Regierungsbildung geführt worden ist, und schließlich der Regierungserklärung selber waren allerlei Auslegungen von Regierungsmassnahmen zu finden, die den Schutz der Staatsform, der Staatsymbole und der Integrität besonders garantiert wissen wollten. Die Beamten sollte die Zugehörigkeit zu staatsfeindlichen Organisationen verboten werden. Man hat bis heute gemerkt von der Durchführung dieser Programmteile der neuen Regierung für ihre Arbeit. Offenbar man, um mit Reudell zu reden, „vorläufig noch nichts zu tun“.

Zu diesem Wichtigsten scheint aber nicht der Schutz der Republik zu gehören, obwohl diese Frage angesichts der bevorstehenden Ablaufes des Schutzgesetzes geradezu die Tages-Nagel brennt. Unter diesem Eindruck hat die Reichsregierung vor einigen Wochen sich offiziell in einem Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an Reichskanzler Marx gewandt, um rechtzeitig darüber nachzudenken, was nun eigentlich die Reichsregierung in dieser Frage vor hat. Die hohe Reichsregierung war über diese Intervention der Preußen fast stumm. Denn sie hat in aller Form erklären lassen, daß es hier keine Wahrung der preussischen Regierung bedürft hätte, da die Reichsregierung selbstverständlich in allen in Erwägungen darüber eingetreten sei, die in der Form des Republikenschutzgesetzes weiter in Kraft sein soll. Die preussische Regierung hat eine direkte Wort auf diese direkte Frage nicht bekommen. Man meinte, daß die hohe Reichsregierung noch nicht weiß, überhaupt das Republikenschutzgesetz verlängert werden

oder will sie vorläufig nichts wissen? Sollen im Reich die Kräfte am Werke sein, die mit einigen tatsächlichen dem Willensstimm des Republikenschutzgesetzes kommen lassen wollen, um dann „zu ihrem ausrück-Bekommen“ erklären zu können, daß nunmehr eine Aenderung des Republikenschutzgesetzes „aus ledigen Gründen“ nicht möglich sei? Wir möchten in diesem Zusammenhang nur erwähnen, daß man im Lager der nationalen Fraktion längst eingeschlossen ist, eine Aenderung des Schutzgesetzes keinesfalls zuzulassen. Der Lager der Deutschen Volkspartei soll man noch nicht entscheiden sein, besonders hört man, daß Dr. Demmer auch auf Grund der jüngsten Erfahrungen der launere Preußen gegen die nötige Aenderung des Gesetzes sehr deutlich Stellung genommen hat. Nun Reichsrat der preussischen Anträge, die Republikbestimmungen in das Strafgesetzbuch einzuarbeiten, kommen. Trotzdem weiß die Regierung heute noch ob sie entgegen diesem Reichsratsbeschluß, dem Antrag ein Gesetz ohne Republikenschutz vorlegen soll, auf Entscheidung darüber wie überhaupt über den Schutz der Republik macht sie von den Waienderhandlungen mit Regierungsparteien abhängig. Wer regiert nun? Regierung oder Interfraktioneller Ausschuß? Und wer gen den Schutz der Republik?

Bewußtsein ihrer Eigenständigkeit haben. Die Jugend brach durch ihre Kritik offen aus. Aber im ganzen war man doch einig in der entschiedenen Opposition gegen die jetzigen Leiter der Reichspolitik und die Jugend hat die demokratischen Vertreter im Reichstag, mit aller Entscheidung in der Opposition fortzuführen.

Es war ein Höhepunkt der Tagung, als die demokratische Jugend am Grobeberts stand und dankbar einen Kranz niederlegte mit dem Gelübnis, dem Treuen auch über das Grab hinaus Treue zu halten. Und als die demokratische Jugend dann einen Fackelzug formierte, der von einem Ende der Stadt bis zum anderen reichte, da sah Heidelberg mit seinem alten Schloß und seiner von neuem Geistes erfüllten Antike, daß die deutsche Demokratie einen politisch willensstarken Nachwuchs hat. Möge das ganze Reich dies als Auswirkung der Heidelberger Tagung auch erfahren!

Soziales

Kaufmännischer Stellenmarkt und Wirtschaftslage im April 1927.

Junge Kontoristen, Stenographinnen und Brancheverkäufer sehr gesucht!

Nach dem Monatsbericht der Reichsstellenvermittlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GSA) Geschäftsfeld Magdeburg, Bundeshaus, Bismarckstr. 8 hält auch im Monat April die verhältnismäßig günstige Entwicklung auf dem Stellenmarkt an. Obwohl in Berlin wie in München ist die Nachfrage nach Personal etwas lebhafter. Die Kräfte, die besonders gesucht werden, sind aber trotz der Überzahl der Stellenlosen an. Obwohl in Berlin wie in München ist die Nachfrage nach Personal etwas lebhafter. Die Kräfte, die besonders gesucht werden, sind aber trotz der Überzahl der Stellenlosen an. Obwohl in Berlin wie in München ist die Nachfrage nach Personal etwas lebhafter. Die Kräfte, die besonders gesucht werden, sind aber trotz der Überzahl der Stellenlosen an.

für den Betrieb weder es zweckmäßiger, wenn weniger Wert auf billige, als auf leistungsfähige Anstellung gelegt würde. Allerdings mag auch hier die Geschäftslage bestimmend sein, die in Hamburg immer noch zu wünschen übrig läßt. Stark gelüftet wird nach wie vor Verkaufspersonal in der Textil- und Lebensmittelbranche, vornehmlich mit Dekorationskenntnissen. An einzelnen Plätzen ist auch das Dienstgeschäft gewisse Nachfrage aus, von der aber auch in erster Linie jüngere Kräfte betroffen werden. Zu Opiern macht sich überhaupt ein großer Mangel an solchen schulentlassenen Jugendlichen bemerkbar, die den Kaufmannsberuf ergreifen wollen. Die Stellenvermittlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten hat daher den Firmen durch Rundschreiben empfohlen, ihre zu Opiern ausstehenden Lehrlinge zu behalten, damit ihnen nicht nachher infolge des Lehrlingsmangels eine Hilfskraft fehlt.

Preis und Lohn.

Die von einander abweichende Bewegung der verschiedenen Indizes für die Lebenshaltung, Löhne, Großhandelspreise und Preise der Industrie- und Agrarstoffe hat in der Öffentlichkeit vielfach zu falschen Schlüssen geführt. So ist z. B. nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin, der amtliche Lebenshaltungsinde von 1913 im Januar 1926 auf 145,4 im Februar 1927 gestiegen, obwohl die industriellen Fertigkeiten von 168,0 auf 141,6 und die industriellen Halbfertige und Rohstoffe von 134,4 auf 128,8 im Laufe des letzten Jahres gefallen sind. Die Erhöhung liegt bei den Agrarstoffen, deren weit zurückgebliebene Preise dem allgemeinen Preisniveau sich annähern, was aus dem Ansteigen des Agrarindex von 122,3 auf 140,3 in der gleichen Zeit hervorgeht. Ebenso werden aus dem verhältnismäßig Tempo der Bewegung des Lohnindex die Preisindex oft falsche Schlüsse gezogen. Richtig ist, daß der Lohnindex in den letzten zwei Jahren bedeutend stärker angezogen hat, als der Lebenshaltungsinde. Die Ursache ist darin zu suchen, daß es sich bei der erstmaligen Festlegung der Goldmarkgehälter und Löhne nach dem Billionenrumpf von 1923 infolge der Ungleichheit der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse, mehr oder weniger um ein Fünftel und Laufen handelte. Es war leicht voranzuschreiten, daß bei Rückkehr einer einigermaßen geordneten Wirtschaft ein Nachziehen des Lohnniveaus unbedingt notwendig war, um so mehr als die den Angestellten und Arbeiter heute belastenden Steuern weit höher als in der Vorkriegszeit sind. Wie dringlich diese Angelegenheit war, beweisen die meisten der in der letzten Zeit erschienenen Jahresabschlußberichte unse-

großen Industrie- und Finanzunternehmungen, in denen ausführlich die Notwendigkeit der Stärkung der finanziellen Kaufkraft betont wird, ein Ziel, das eben nur durch eine allgemeine Senkung der Preise oder schrittweise Erhöhung der Gehälter und Löhne erreicht werden kann. Dem amtlichen Lebenshaltungsinde von 145,4 im Februar steht laut Institut für Konjunkturforschung jetzt ein Lohnindex von 146,2 gegenüber. In und Löhne würden nach diesen beiden Indizeszahlen also im gleichen Verhältnis wie 1913 zueinander liegen. Es ist aber allgemein bekannt, daß in dem amtlichen Lebenshaltungsinde gewisse Erhebungsfehler enthalten sind, die bewirken, daß dieser Index die tatsächliche Warenveränderung in Deutschland bei weitem unterschätzt.

Wenn Produktion und Absatz von Industrie- und Landwirtschaft weiterhin gehoben werden sollen, wie in den letzten Monaten ersterbesten Weise geschehen dann wird, wie der Preisindex des Gewerkschaftsbundes der Angestellten zum Ausdruck bringt, eine weitestgehende Preis- und Lohnpolitik, ohne angestricheltes Rückhalten des Verhältnisses von Preis und Lohn von 1913, die Voraussetzung sein.

Geistliche Senkung hoher Hypothekenzinsen?

Für langfristige Hypotheken, die in den vergangenen Jahren aufgenommen worden sind, müssen auch heute meist die gleichen hohen Zinsen oft bis 12 Prozent bezogen werden, obwohl damals, als sie vereinbart wurden, andere wirtschaftliche Voraussetzungen dafür zu verzeichnen waren. Mit Rücksicht darauf, daß der Zinsfuß 12 Prozent im allgemeinen inzwischen um die Hälfte sinken worden ist, wirft der Reichstagsabgeordnete Dr. Schneider die Frage auf, ob es nicht notwendig wäre durch geistliche Bestimmungen eine Senkung dieser im mächtig hohen Zinsen herbeizuführen, für den Fall, nicht auf freiwilligem Wege schon eine Herabsetzung vorgenommen wurde. Der Hinweis, durch Gesetz die Möglichkeit zu schaffen, solche Hypotheken zu kündigen, um durch billigere Zinsen zu können, verdient alle Aufmerksamkeit; ganz gleich, nach welcher Seite sich der eingeleitende dürfte.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Künz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Wilses (Alte Zeit.) Döllsch.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Jährnagel.

J. BORMANN
Große Münzstraße 2
Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Belustigungssachen :: Aktienmappen :: Rückflische :: Sportartikel sowie andere Geschenkartikel.
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwefelgasse 14/15.

Feinste frische
Oldenburger Tafelbutter
in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt ab
Molkerei Althörden in Oldenburg.

Kunst-
manuskripte
Faksimile
Abdrucke
1911-1927
Alfred Brück
Schreib-
maschine
Stenographie
Buchführung
Korrespond. etc.

Wir fertigen
Drucksachen
für jeden Bedarf
schnellstens an
Buchdruckerei
Hugo Alpers,
Döllsch.
Fennruf 466.
D. D. P.
Fernsprecher
8095

Conitzer & Co.
ASCHERSLEBEN
Das führende Kaufhaus

Die Hilfe
Halbmonatsschrift für
Politik, Literatur und Kunst
Begründer:
D. Friedrich Naumann
Herausgeber:
Anton Erkelenz
und
Dr. Gertrud Bäumer
H. d. R.
Preis 4,50 M. im Vierteljahr
Man bestelle bei der Post,
beim Buchhändler oder beim
Verlag Ernst Kitzas' Erben,
Berlin C2, Breite Straße 8-9

Hohenzollern-Park
Jeden Dienstag, Mittwochs
Donnerstag ab 3/4 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen

Allstädter Bürgersaal
Apfelstr. 9. Fernspr. 67
Inhaber Ferd. Preuß

Säle
**Vereinszimmer
Speiserestaurant**

**Demokraten!
Republikaner!**
Auf den Bahnhöfen, in den
Cafés und Kaffees sowie
bei den Zeitungverkäufern
verlangt die
**Mitteldeutsche
Rundschau**
Macht Freunde und Bekannte
auf die Mitteldeutsche Rund-
schau aufmerksam, werbet Ver-
langt kostenlos Probehefte
durch den Verlag Magdeburg,
Breiter Weg 139/140.

Demokraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammstisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Wilhelm Kobell's
ff. Wurstwaren
ff. Fleischwaren

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.
Magdeburg
Bärplatz Fernruf 7282

**Bauern und Kleinbauern
Pächter und Siedler**
verlangt die
Deutsche Bauernzeitung.
Probehefte kostenlos.
Reichsverband landwirtschaftl.
Klein- und Mittelbetriebe,
Berlin N. 24, Monbijouplatz 3.

**Rheuma, Gicht, Gelenks-,
Gliederreizen, Neu-
ralgie (Nervenschmerzen), Gicht!**
Wenn teile ich kostenlos mit, durch welches
einfache Mittel mir und zahlreichen Pa-
tienten in kurzer Zeit geholfen wurde.
Über 2500 Dankbriefe!
Krankenschwester Margret Heber
Frankfurt-Niedernd H 159.

**Kaufe
im
Konsumverein**

Denken Sie daran
Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift anzugeben.

Franz Pützkul
Empfehle:
Hüte, Mützen, Schirme, Woll-
Krawatten, Stöcke, Handbju-
hoftenträger.
Magdeburg - N
Lübecker Straße 120

Demokratie und Landwirtschaft

Der Hamburger Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei hat sich am Freitag, den 22. April, mit dem demokratischen Agrarprogramm befaßt. Wir veröffentlichen heute zum Thema „Demokratie und Landwirtschaft“ einige Aufsätze. (D. K.)

Das demokratische Agrarprogramm.

Von Rudolf Lanckisch.

Der diesjährige Hamburger Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei wird in der Parteigeschichte einen besonders bedeutsamen Platz einnehmen; auf ihm soll ein demokratisches Agrarprogramm verabschiedet werden, dessen Entwurf — das Ergebnis mühevoller gründlicher Arbeit des Agrarausschusses der Partei jetzt vorliegt. Zum ersten Male in der Nachkriegszeit vertritt eine bürgerliche Partei ihre Forderungen zur Agrarpolitik in einem inhaltreichen Programm. Was wir sonst in dieser Hinsicht bei den anderen Parteien finden, geht über einige Gänge in Parteiprogrammen und über mehr oder minder belanglose Resolutionen kaum hinaus. Man muß schon weit zurückgehen, bis man auf ein reguläres Programm stößt, bis zum Jahre 1897, bis zum Agrarprogramm der alten Freiwiliger. Auf der linken ist die Sozialdemokratie mit einem Agrarprogramm, dem die Sozialdemokratie in die Parteigeschichte einbringen will, und diese parteiübergreifende Diskussion ist wie kaum eine andere geeignet, die große innere Wandlung der Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt aufzuzeigen. Die traditionellen Forderungen von Sozialismus und Kapitalismus können nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei den praktischen Forderungen von sozialistischer Doktrin im allgemeinen nicht mehr viel übrig geblieben ist. Das wäre an sich im Interesse der Landwirtschaft zu begrüßen. Ob freilich die Sozialdemokratie im ganzen diesen radikalen Schritt mit der Vergangenheit vornehmen will, ist eine Frage, die erst ihr Parteitag Ende Mai beantwortet wird.

Das demokratische Agrarprogramm ist befaßt ein **Bauernprogramm**; das muß es sein, nachdem Jahrzehnte lang der Großgrundbesitz in einseitiger Weise begünstigt, sich eine Vormachtstellung angeeignet hat. Dieser Grundgedanke demokratischer Agrarpolitik muß daher sein, die Schäden dieser Entwicklung auszugleichen durch die wirtschaftliche Stärkung und planmäßige Vermehrung des Bauerntums, durch Schaffung eines modernen Bauern, Pacht- und Steuerrechts. Hand in Hand mit einer weitgehenden Siedlungsreform müssen die Befreiungen gehen, die Produktivität der bäuerlichen Betriebe mit allen Mitteln zu steigern.

Wie dieses Ziel im einzelnen zu verwirklichen ist und welche Forderungen aus dem Bauerntum sich heraus ergeben, wird in dem ersten großen Abschnitt des Entwurfs „Bauer und Wirtschaft“ behandelt. Es entspricht nur der ersten liberalen Tradition der Deutschen Demokratischen Partei, daß hier die Bildungsfragen an erster Stelle stehen und der Ausbau des Volks- und Fachschulwesens auf dem Lande gefördert wird. Wichtig ist die Ausbarmung der Ertragsenergie moderner Forschung und Technik für die Erfindereinheit der bäuerlichen Betriebe sowie eine verstärkte Anwendung von Maschinen, um der Menschen von körperlicher Arbeit zu entlasten. Wo die Kraft des Einzelnen zur Durchführung technischer Maßnahmen nicht ausreicht, soll die Genossenschaft einengen. Diesen ihrem Wesen nach demokratischen genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisationen kommt jetzt wachsende Bedeutung zu. Das Problem der Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist z. B. von der Ausgestaltung des Genossenschaftswesens gar nicht zu trennen. Neben einer für die Intensivierung der bäuerlichen Betriebe ausreichenden Kapitalverfügung steht und fällt der bäuerliche — wie jeder privatwirtschaftliche — Betrieb mit seiner Rentabilität. Um diese zu sichern, muß versucht werden, die Produktionskosten durch Abbau der Industriezölle und durch Verbilligung wichtiger Produktionsmittel, wie Kunstdünger und Futtermittel herabzusetzen, zugleich aber auch Erzeugung und Vertrieb der Agrarprodukte zu rationalisieren. Sollten jedoch alle Maßnahmen die Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft gegenüber dem Ausland nicht herstellen können, so darf ihr als ultima ratio ein ausreichender Zollschutz nicht verlagert werden. Das von den Sozialisten geforderte staatliche Getreidemonopol lehnt der demokratische Entwurf mit guten Gründen ab. Die Spuren überhandnehmender Zwangswirtschaft sprechen.

Auf dem Gebiet des Siedlungswesens führt die Deutsche Demokratische Partei unbestritten. Der tatsächliche Vertretung des Siedlungsgedankens durch die Deutsche Demokratische Partei ist es zu verdanken, daß heute die Überzeugung von der Notwendigkeit der Siedlung nahezu Gemeingut der Öffentlichkeit geworden ist. Voran stehen bei der Siedlung die nationalpolitischen Gründe. Kolonisation oder Rekolonisation heißt für den deutschen Osten die Lösung. Dabei kann eine planmäßige Siedlungsstätigkeit von Seiten des Staates, die freilich ganz anders als bisher und unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Grundzüge zu handhaben ist, gar nicht entbehrt werden. Diese für das deutsche Volk lebenswichtige Aufgabe der privaten Initiative ohne die Macht- und Geldmittel des Staates zu überlassen, würde in diesem Falle die einheitliche Durchführung

der Siedlung im Reich in Frage stellen. Von den zahlreichen Einzelforderungen, die Siedlung weiterzutreiben, seien nur noch die von der Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Anlieger-Siedlung, der billigen und bisher geradezu standalös vernachlässigten Siedlungsform und der Gebanke einer Siedlungsleihe zur Finanzierung des Siedlungsprogramms erwähnt. Beim Pachtrecht muß anstelle der produktionssteigernden ein Dauerpachtgesetz geschaffen werden, wie es in anderen Kulturstaaten längst vorhanden ist.

Der zweite Abschnitt des Agrarprogramms behandelt das Verhältnis des Bauern zum Staat, seine Rechte innerhalb der Gesetzgebung und Verwaltung — mit der Forderung einer demokratischen Ausgestaltung des Wahlrechts zu den Landwirtschaftskammern. Die Wünsche für die Verbesserung des ländlichen Steuerwesens spiegeln darin, daß die zahlreichen verkehrsartigen Steuern und Abgaben zusammengefaßt und durch eine Flächensteuers (Grundwert-) Steuer ersetzt werden sollen.

Von großer Aktualität sind auch die Forderungen zur Landarbeiterfrage. Die Beweise das tiefe Verständnis der Deutschen Demokratischen Partei für diese durch groß-agrarische Interessenpolitik zu bestreiten Proletariat herabgedrückte Berufsstufe und bedauern ihren Willen, den Landarbeiter wirtschaftlich zu heben, ihr wieder zum Kleinbauern zu machen und ihm auch wieder zu geistiger Unabhängigkeit zu verhelfen.

Im Sinne dieses Programms denkt die Deutsche Demokratische Partei ihre Agrarpolitik fortzusetzen mit dem Ziele der Schaffung eines zahlreichen, lebenskräftigen bäuerlichen Mittelstandes, der von jeher das festeste Fundament eines Staates gewesen ist.

Der Entwurf kommt zur rechten Zeit. Nahezu überall im Reich ist eine freibürgerliche Bauernbewegung im Werden und Wachsen, die sich loslöst von der unnatürlichen, egoistischen Führung der Junker. Ihr kann das demokratische Agrarprogramm Wegweiser sein.

Der Ruf nach dem Reichs-Siedlungskommissar

Von H. Rönneburg, Mitglied des Reichstags.

Das nächste Heft der „Hilfe“ ist dem deutschen Bauernstande und dem demokratischen Agrarprogramm gewidmet. Neben Aufsätzen von Erlesen, Meineke und betannten Fachgelehrten der Landwirtschaftslehre erörtert der demokratische Reichstagsabgeordnete Rönneburg das Problem der Stärkung des Bauerntums durch Pachtrecht und Siedlung. Rönneburg schreibt u. a.:

„Dann dem unermüdbaren Drängen der demokratischen Fraktion hat am 1. Juli 1926 der Reichstag im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Beschluß gefaßt, daß für die nächsten 5 Jahre je 50 Millionen Mark Reichsmittel zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung zur Verfügung gestellt werden sollen. Daneben sind noch 15 Millionen Mark in diesem Haushaltsjahr aus den Verwechslungen der Reichsregierungsstellen für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt worden und 7 Millionen Mark zur Sanierung der Füllstillsiedler, die in den im Osten verlorenen Provinzen liquidiert, annulliert oder daraus verdrängt worden sind. Schließlich hat auch Preußen 40 Millionen für die Siedlung bewilligt, so daß im laufenden Jahre für Siedlungswende ein Betrag von 112 Millionen Mark zur Verfügung steht. Das ist eine immerhin beachtliche Summe, mit der sich Volentes hätte schaffen lassen, wenn nicht die beste Zeit zu einem sehr erheblichen Teil verbraucht wäre in einem unfruchtbaren Kompetenzkonflikt zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung, der jetzt in einem Denkschriftentrieg ausmündet. Nur wenn es gelingt, diese wirklich unverständliche bürokratische Semung zu überwinden — dazu wird allerdings härtester Druck der öffentlichen Meinung notwendig sein —, werden wir in diesem Jahre auf eine wesentliche Befruchtung der praktischen Siedlungsarbeit hoffen dürfen. Die bisherigen wenig erfruchtlichen Erfahrungen lassen es allerdings durchaus verständlich erscheinen, wenn der Ruf nach einem Reichs-Siedlungskommissar mit weitgehenden Vollmachten immer stärker wird, um endlich die Hemmnisse, die sich aus der unglückseligen verfassungsrechtlichen Gestaltung der Reichs- und Länderkompetenzen ergeben, zu überwinden. Auf die Dauer genügen aber die bisher bewilligten Mittel nicht, wenn nicht noch sehr viele Jahre hingehen sollen, bis zur Erreichung des durch das Reichs-Siedlungsgesetz gesteckten Zieles auf Vermehrung des Großgrundbesitzes um 1/3 seiner Fläche. Man sollte daher ernsthaft an die Auflegung einer großen Anleihe mit Verbilligung der Zinssätze durch Reichszuschüsse denken, die zweifellos jetzt noch durchführbar ist. Immer dringender wird auch die Schaffung eines Dauerkreditinstitutes für alle an der Siedlung beteiligten Länder, um jeder unünftigen Zerstückelung vorzubeugen. Das ist um so dringender, da bereits Preußen im Begriff ist, sich seine eigene Rentenkant wieder zu schaffen.“

Die planmäßige Stärkung und Mehrung des Bauerntums durch Pachtrecht und Siedlung will möglichst viele deutsche Menschen mit dem deutschen Boden verbinden. Aus dem Bodenbesitz erwächst Unabhängigkeitsstimm und Freiheitsgefühl. Darum müssen möglichst viele an ihm

teilhaben. Der frühere Reichsminister Dr. Lütke hat daher mit Recht die Siedlungsfrage die nationale Frage unseres Volkes genannt. Ueber unser Tun und Lassen in dieser im besten Sinne nationalen Frage werden spätere Geschlechter das Urteil fällen. Unser Volk hat ein Recht auf Leben, unsere Kinder haben einen Anspruch auf gesicherte Zukunft. Die Pflicht zur Selbsthaltung zwingt uns zu tatkräftiger Siedlungsarbeit.“

Der Junker und der Bauer.

Aus dem alten Preussischen Landtag.

Es ist auch heute noch von Bedeutung, die Stellung des Agrarfeudalismus vor dem Kriege zum deutschen Bauern kennen zu lernen — denn es hat sich leider darin wenig geändert. Wenn zitiert in seinem Werk „Ein Jahrhundert preussischer Schulgeschichte“ nachstehende Zeilen vom Junker aus dem alten Preussischen Landtag:

Solk-Fartin: „Die dümmsten Bauern sind die besten.“

von Below-Saleske: „Zum Kartoffelammeln ist keine Bildung notwendig.“

Szmula: „Die galizischen Landarbeiter, von denen die Hälfte kaum lesen und schreiben kann, denken an nichts weiter als an ihre Arbeit, ihren Verdienst, es sind die ordentlichsten Leute in der Welt, die unsern Leuten in ethischer Beziehung sogar als Vorbild hingestellt werden können.“ 9. 2. 1899.

Graf Strachwitz: „Ich glaube, daß das das einzige Mittel ist, daß einer gewissen Vermehrung der Bevölkerung durch Einwanderung aus Osten her Platz gegeben wird. Es würde das gleichkommen der Schaffung eines anpruchsvolleren Arbeiterstandes, und ich glaube, daß das von eminentester Wichtigkeit ist.“ 10. 2. 1899.

Im Preussischen Herrenhaus sagte von H. E. L. D. o. f. f.: „Ich will den Bauer nicht zum Knecht bringen, denn dann ist der Bauer verdorben; er soll den Pflug führen und hinter dem Pfluge hergehen und nicht Rechnungen führen.“

Demokratische Sommerfeste auf Rügen.

Der Bauer und der Mittelstand.

Der Sommerfeste Provinzialverband der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltet gemeinsam mit dem Agrarausschuß der Partei in den Tagen vom 8. bis 11. Juni im Erholungsheim Zug auf Rügen eine Sommerfeste. Diese wird sich vornehmlich mit Landwirtschafts- und Mittelstandsfragen beschäftigen. Ihre Mitwirkung haben zugesagt die Landtagsabgeordneten Meineke, Soehly und Knecht, ferner Generalsekretär Lanckisch-Berlin. Anfragen sind zu richten an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin SW. 11, Bernburgerstr. 18, oder an Generalsekretär Meißel, Stettin, Falkenwälderstr. 127.

Das Bauerntum im Osten.

Die Agrarreform seit dem Kriege.

Wenn in der deutschen Agrarpolitik unter demokratischer Führung heute das Bauerntum stärker als unter dem alten Obrigkeitsstaat in den Vordergrund gerückt wird, dann folgt Deutschland damit nur einer allgemeinen europäischen Entwicklung, die nach dem Kriege schon in den Oststaaten zum Durchbruch gekommen ist. Und da unser französischer Nachbar im Westen von jeher einen ausgesprochenen Bauernstand als Stärke seiner Volkswirtschaft ansehen durfte, ist die Schwächung der deutschen Agrarpolitik im Sinne einer Förderung des Bauerntums notwendig, wenn nicht Deutschland in Kontinentaluropa fast das einzige Land sein soll, welches die Vorherrschafft des Großgrundbesitzes aufreht erhält.

Man muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß die Agrarreformen der letzten Jahre im Osten nicht in erster Linie aus volkswirtschaftlichen Erwägungen durchgeführt worden sind. Darauf weist Prof. Dr. Walter Schiff in einer Schrift ganz richtig hin („Die großen Agrarreformen seit dem Kriege“), die im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist. In Sowjetrußland ist die Agrarreform eigentlich gegen den Willen der politischen Machtgeber zugunsten des Bauerntums ausgefallen. Die Sowjets erklärten getreu ihrer Doktrin sofort nach der Revolution den Grund und Boden für sozialisiert und er sollte von Zeit zu Zeit an Landarme vergeben werden. Der russische Bauer hat aber, als er aus dem Joch zurückkehrte, den Boden des Großgrundbesitzes einfach für sich genommen und nicht wieder herausgegeben. Bis jetzt hat die Moskauer Regierung keine Möglichkeit gehabt, den Bauern ihr neues Eigentum wieder zu nehmen.

Wurde in Sowjetrußland Bauernpolitik unter dem sozialen Druck der Bauern gemacht, — in den östlichen Randstaaten sind mehr nationalpolitische Gründe für die Zerstückelung des Großgrundbesitzes maßgebend gewesen. Für das Deutschland ist es ein sehr betrüblicher Vorgang, daß in der Abschlußphase sowohl wie im Polen und in Lettland die Agrarreform gleichzeitig im Kampf gegen die deutsche Oberhoheit war. Es ist den Tischen vielfach nur darauf angekommen, möglichst viele ihrer Landesteile zu befriedigen und dadurch ihre landwirtschaftliche Übergebierde entlasten, von denen es heißt zweifelhaft ist, ob sie wirtschaftlich rationell arbeiten können. Im Polen bleibt jetzt die Agrarreform unter der Satzung der großen Landherren stehen und auch in Ungarn und

in Oesterreich kann man von einer Agrarreform nicht reden. In Finnland erwartet man dagegen, nachdem schon 64 000 neue Bauernstellen geschaffen worden sind, als Wirkung der Agrarreform eine Zunahme der Milch-erzeugung bei Einschränkung der Getreide- und Holz-produktion.

Die Reformen im Osten sind zumeist von Sozialisten beschloffen worden, aber es sind keine Maßnahmen im Sinne des sozialistischen Parteiprogramms gewesen. Wäre man davon ausgegangen, dann hätte die Ueberlegung eine Rolle spielen müssen, ob der Kleinbetrieb oder der Großbetrieb in der Landwirtschaft zu bevorzugen ist. Anstelle dieser wirtschaftlichen Erwägung hat sich aber aus nationalpolitischen und sozialen Gründen der bäuerliche Betrieb durchgesetzt.

Förderung des Gartenbaues in Preußen.

Das preußische Landwirtschaftsministerium veröffentlicht das Ergebnis der von den Landwirtschaftskammern zum 31. Dezember 1926 abgehaltenen Vorkonferenzen. Danach haben seit Bestehen der Einrichtung bis Ende des verfloffenen Jahres 10 986 Gärtnerseminare die Prüfung bestanden. Von den Befähigten, die die Prüfung bestanden haben, entfallen 1797 auf die Provinz Sachsen, 1633 auf die Rheinprovinz, 1474 auf die Provinz Brandenburg, 1252 auf Ostpreußen und je 1064 auf Sachsen und Pommern.

Schutz des ostpreussischen Eisens!

Eine Verfügung des Preussischen Landwirtschafts-ministers.

Im äußersten Nordosten Deutschlands, in dem Gebiet zwischen dem Memelland und dem Kurischen Haff erstrecken sich die Wälder, Wiesen und Moore, auf denen in Ostpreußen die Hauptmenge der Elche lebt. Weit abgelegene, eigenartige Landschaft mit den Tieren, die aus einer längst vergangenen Zeit zu stammen scheinen. Der Preussische Landwirtschaftsminister hat einen erheblichen Teil der Wälder, die in dieser Gegend liegen, vor kurzem aus der Forstverwaltung abgetrennt und der Landwirtschaftsverwaltung übertragen. Eine sehr begrüßenswerte Maßnahme, da jetzt für die Aufzuchtarbeiten einheimischer sehr viel mehr gesichert kann. Eine Gefahr aber für die Elche, die im Winter auf die Nahrung von den auf den Wäldern stehenden Weiden angewiesen sind. Dann ziehen über die erhöhten Weiden und Wege die riesig Tiere aus ihrem Sommerweidengebiet nach diesen eingedämmten Weidestücken, auch um dem hohen Wasser zu entgehen, das dann meistens das Land bedeckt.

Es bestand die Gefahr, daß durch die Landwirtschaftsverwaltung den Tieren dieser Weg verlegt wird, vielleicht durch Drahtzäune oder andere Abwehrmaßnahmen. Wie wir nun vom Abgeordneten Dr. G. z. i. m. e. r. nach der anderen Seite, nur von zwei Monaten. Abwehrmaßnahmen, können die Forst- und Fischereidirektion nicht einer vollen Befehung rechnen. Man gibt es in den Badoorten eine ganze Reihe von einzelnen Frauen oder

übertragen sind, grundsätzlich bei der Forstverwaltung verbleibt. Damit ist dafür Sorge getragen, daß dieses eigenartige Bild weiter erhalten bleibt.

Säcspzug.

Beneht den Schritt! Beneht den Schritt!
Die Erde bleibt noch lange jung!
Dort fällt ein Korn, das stirbt und ruht.
Die Aue ist süß. Es hat es gut.
Hier eins, das durch die Scholle dringt.
Es hat es gut. Süß ist das Licht.
Und keines fällt aus dieser Welt,
Und jedes fällt, wie's Gott gefällt.

Conrad Ferdinand Meyer.

Hauszinssteuer und Saisonbetriebe.

Hilfe für die notleidenden Bäder und Kurorte.
Bei der Hauszinsbesteuerung im Reichstag hielt der demokratische Abgeordnete Schneider-Berlin zur Begründung des demofokratischen Antrages, der die Hauszinssteuerpflicht nur auf den Zeitraum der tatsächlichen Ausnützung (Saison) erstreckt wissen will, eine Rede, in der die Bädernot, hervorgerufen durch die unbillige Anwendung der Hauszinssteuer auf die Saisonbetriebe eingehend dargestellt wurde. Schneider sagte u. a.:

Der Grundfehler bei der Festsetzung der Hauszinssteuer im Jahre 1925 war der, daß man sie zu einem erheblichen Teil ihres sozialen Charakters entleerte und sie in überwiegender Weise zu fiskalischen Zwecken verwendete.

Es hat sich auch gezeigt, daß der Härteparagraf im Hauszinssteuergesetz nicht in dem Geist angewandt wird, der für die praktische Durchführung notwendig ist. Er wird vor allen Dingen nicht so angewandt, daß den praktischen Bedürfnissen einzelner Gewerbetreibender vollkommene Rechnung getragen wird. Ich weise nur darauf hin, daß die Saisonbetriebe, die Bäderbetriebe, die sonst eine sehr einträgliche Fremdenkurie gebildet haben, die eine Anziehungskraft ausübt, durch die Hauszinssteuer fast vollständig ruinirt worden sind.

Der Bürgermeister von Swinemünde berichtete auf einer Tagung der Bäder, daß auf den kleinen Badeort Nordbergen auf den Kopf der Bevölkerung 72 Reichsmark Hauszinssteuer entfallen, während in Hannover nur 12 Reichsmark auf den Kopf entfallen. Ganz erschütternd aber sind die Nachweise, die der Bürgermeister von Swinemünde über die Ertragslosigkeit einzelner Pensionen und Hotels erbringt. In den Seebädern ist je die Saison an und für sich sehr kurz. Sie haben eine eigentümliche Hauszinssteuer eigentlich nur von zwei Monaten. Abwehrmaßnahmen, können die Forst- und Fischereidirektion nicht einer vollen Befehung rechnen. Man gibt es in den Badoorten eine ganze Reihe von einzelnen Frauen oder

alten Ehepaaren, die eine solche kleine Fremdenpension betreiben. Da wird hier nachgerechnet, daß in einem Fall, wo das eingelegte Vermögen 29 000 Reichsmark betrug, zum Schluß ein Reingewinn von 63 Reichsmark für das Jahr übrigblieb, weil die Betriebskosten fast außerordentlich hoch sind und allein an Hauszinssteuer 748 Reichsmark gezahlt werden mußten. Die Belastung pro Bett durch die Hauszinssteuer schwankt in den Nord- und Ostseebädern von einer Reichsmark bis 1,40 Reichsmark. Eine Fülle solcher Beispiele führte der Bürgermeister von Swinemünde für die Nord- und Ostseebäder an. Hier wird eine flauerliche Ungerechtigkeit fortgesetzt, obwohl sie zur weiteren Ueberlastung der Finanzämter führt.

Genau so wie in den Nordseebädern liegt es auch in den Bädern von Bayern, Württemberg und Baden. Der Vertreter der dortigen Verbände teilte mit, daß allein im Jahre 1926 20 große Hotels aus Privatbesitz in Erholungsheime für irgendetwelche Vereine und Gesellschaften umgewandelt wurden. Er weist mit Recht darauf hin, daß durch den Untergang gerade der großen Luxus-hotels der Fremdenzufluß und auch der Zufluß von Ausländern nach den Bädern außerordentlich gefördert wird. Er berechnet die Gesamtsteuerbelastung pro Bett einzelnen Betriebe je Bett von 1,73 Reichsmark pro Bett bis 7,88 Reichsmark. Dasselbe, was ich für den badischen Schwarzwald gesagt habe — das möchte ich besonders den Abgeordneten aus Bayern, Württemberg und Baden sagen, — trifft auch für Bayern und in gleichem Maße für Württemberg zu.

Die gleichen Klagen kommen aus Schlesien. Schlesien ist von beiden Seiten von fremden Grenzen eingeschlossen, und es muß deshalb um seinen früheren Wohlstand Bäderbetriebe schwer ringen. Hier ist die Belastung der Pensionen pro Bett Hauszinssteuer pro Bett wiederum zwischen 1 und 2 Reichsmark. Die gleichen Klagen kommen aus dem Rheinland. Belastung der Hauszinssteuer je Bett 0,75 Reichsmark bis 3,04 Reichsmark. Man kann heute in einem Baderort fast ohne Hilfebetriebe loskommen für ein Steuerentlastung, was die Betriebskosten durch die Steuerentlastung ja groß sind, daß sie in den wenigen Monaten der Saison nicht herausgearbeitet werden können.

Wir haben im Ausschuss vergeblich versucht, den Forderungen, die unseres Erachtens von den Bädernbetriebern mit Recht gestellt werden, gehehrliche Gewalt anzuwenden, und es muß deshalb um seinen früheren Wohlstand Bäderbetriebe schwer ringen. Hier ist die Belastung der Pensionen pro Bett Hauszinssteuer pro Bett wiederum zwischen 1 und 2 Reichsmark. Die gleichen Klagen kommen aus dem Rheinland. Belastung der Hauszinssteuer je Bett 0,75 Reichsmark bis 3,04 Reichsmark. Man kann heute in einem Baderort fast ohne Hilfebetriebe loskommen für ein Steuerentlastung, was die Betriebskosten durch die Steuerentlastung ja groß sind, daß sie in den wenigen Monaten der Saison nicht herausgearbeitet werden können.

Für unsere Frauen

Die Hebamme. Von Dr. Käthe Gaebele.

Schon im Mittelalter erkannte man die Bedeutung der Hebamme für die Volksgesundheit und erließ zum Teil recht eingehende Vorschriften über die Ausbildung des Berufs. Es wurden gewisse Kenntnisse gefordert, auch wurden die Hebammen einer behördlichen Aufsicht unterstellt. Im 18. Jahrhundert wurden in Preußen zur besseren Sicherung der Ausbildung bereits Bestimmungen getroffen; zugleich wurde den Hebammen eine halböffentliche Stellung zugesichert. Das Reglement vom 1725 betrafte sich bereits im wesentlichen in den Bahnen, denen die heutige Gesetzgebung nachgeht. Es wurden Grundzüge über Vorbildung, Prüfung, Approbations-erteilung und Verpflichtungen aufgestellt. Die Hebammen sollten sich eines erhabenen Verhaltens befleißigen, Tag und Nacht zur Verfügung halten, gewissenhaft ihre Berufspflichten ausüben, in schweren Fällen einen Arzt hinzuziehen und sich jeglicher Kurpfuscherei enthalten. Einige Zeit später wurden häufige Strafbestimmungen im Allgemeinen Landesrecht aufgestellt. Anfang des 19. Jahrhunderts wurden die Verleumdungsvorschriften über die Hebamme dem Stand im allgemeinen des Hebammenberufes, so daß dem Beruf gerade geeignete Frauen ferngehalten wurden. Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden in den alten Provinzen Preußens Verordnungen nach Bedürfnis eingeführt. Im übrigen wurde für die Berufswahl der Bevölkerung durch freiwählige Hebammen gesorgt, die jedoch zur Niederlassung einer politischen Erlaubnis bedürfen, die vom Bedürfnis abhängig gemacht wurde. In den meisten anderen Provinzen wurden die Hebammen ordnungsgemäß angeordnet. Der Erlaß der Reichsgesetzgebung stellte die Niederlassungsvorschriften politischen Erlaubnis bedürfen, die vom Bedürfnis abhängig gemacht wurde. In den meisten anderen Provinzen wurden die Hebammen ordnungsgemäß angeordnet. Der Erlaß der Reichsgesetzgebung stellte die Niederlassungsvorschriften politischen Erlaubnis bedürfen, die vom Bedürfnis abhängig gemacht wurde.

Danach unterließen die Hebammen überall einen ärztlichen Aufsicht, sowohl hinsichtlich ihrer beruflichen Tätigkeit als auch ihrer sittlichen Führung. Ihre Pflichten sind genau durch Dienstverordnungen geregelt. Sie sollen allen, welche ihre Hilfe begehren, ohne Ansehen der Person und des Standes, jederzeit bei Tag und bei Nacht, im Notfall auch außerhalb ihres Bezirks zu Diensten sein. Sie sollen ihren Bezirk, besonders wenn nur eine Hebamme dort ist, so leisten wie mög-

lich verlassen, Schwangere und Gebärende über das zu beachtende Verhalten belehren, auf Krankheitsfälle und die Notwendigkeit ärztlicher Beratungen hinwirken, bei anstehenden Krankheiten mit Ernst auf Beachtung des Arztes bestehen. Auch sind sie zur Wahrung des Gesundheitsstandes verpflichtet. Bei der Geburt ist die Hebamme dafür verantwortlich, daß sie sich keinerlei Bemerkungen zulassen können läßt. Die Grenzen ihrer Hilfeleistung finden im Hebammenunterricht genau vorgeschrieben. Auch haben die Hebammen nach beendeter Geburt der Wöchnerin und dem Neugeborenen die nötige weitere Hilfe und Pflege zu leisten, die Wöchnerin über das zu beachtende Verhalten zu belehren und auf das Selbsttun hinzuwirken. Bei Tod einer Schwangeren, bei Verstorbenen von anstehenden Krankheiten und Kindbetreuer ist der Arzt zu benachrichtigen. Strenge Bestimmungen beziehen sich auf das Körperliche, die Anzeige verdächtigster Verbrechen oder Vergehen. Schließlich ist vorgeschrieben, daß die Hebamme sich im Besitz bestimmter Geräte und Desinfektionsmittel befinden muß.

Eine wichtige Frage, mit der sich sämtliche Landesverordnungen befassen, ist die der Ausbildung. Diese hat in einer anerkannten Ausbildungsanstalt zu erfolgen. Am Schluß der Ausbildung findet eine Prüfung statt. Als Vorbildung genügt durchweg eine gute abgeschlossene Volksschulbildung, doch ist eine höhere Schulbildung erwünscht. Die Ansprüche, die bei der Ausbildung an die Hebammenkandidatinnen gestellt werden, sind in neuerer Zeit sehr gesteigert. Es werden daher von vornherein nur gut empfundene Mädchen und Frauen aufgenommen, die ein ausreißendes Alter über ihre körperliche und geistige Befähigung beitragen können. Das Aufnahmealter ist in der Regel zwischen 20 und 30 Jahren. Schwangerschaft, mitunter auch die Tatsache einer früher unehelichen Geburt schließt von der Aufnahme aus. Die Dauer der Ausbildung beträgt in Preußen und Württemberg 18 Monate, in Bayern 5 Monate (zur Zeit schweden Beratungen über eine Neuregelung des Ausbildungsmaßes), in Sachsen, Thüringen und Hamburg ein Jahr, in Württemberg und Hessen 9 Monate (in Württemberg Verlängerung geplant). In der Regel stellt die auszubildende Anstalt gegen ein kleines Kostgeld Verpflegung und Wohnung. Der Unterricht trägt einen theoretischen und praktischen Charakter. Neuerdings wird auch besonderer Wert auf eine gewisse Einführung in die rechtlichen und politischen Verhältnisse gelegt. In regelmäßigen Zeiträumen muß sich die Hebamme einer Nachprüfung unterziehen, in der festgestellt wird, ob sie die erforderliche körperliche, geistige und sachliche Befähigung zur Ausübung ihres Berufs noch besitzt. (Frauen, Sachsen, Hamburg alle

zwei Jahre, Bayern, Baden jedes Jahr.) In Württemberg sind Wiederholungskurse durch die Oberamtsämter vorgesehen, auch in anderen Ländern besteht die Verpflichtung, in bestimmten Abständen an den Fortbildungslehrgängen teilzunehmen.

Ein Anknüpfend der grundlegend für die Stellung der Hebamme ist die Regelung der Niederlassung, sowohl unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Interesses der Hebamme als auch der Versorgung der Bevölkerung mit der erforderlichen Gesundheitsfürsorge. Die räumliche Verteilung der Hebamme ist überaus ungleichmäßig; in einzelnen Gegenden besteht Mangel an Hebammen und in anderen Ueberfluß. 1913 waren in Preußen 21 000 Hebammen tätig. Es entfielen auf das ganze Staatsgebiet durchschnittlich auf eine Hebamme 2000 Einwohner und 16% qm Flächenraum. Von diesem Durchschnitt weichen jedoch die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen wesentlich ab. In der Provinz Posen kamen auf eine Hebamme 270 Einwohner, in Hessen 130. In Ostpreußen entfiel auf eine Hebamme 40 qm Flächenraum, in der Rheinprovinz 7 qm. Infolge der mangelhaften Versorgung mancher Landestteile mit Hebammen fanden noch 1913 in einigen Bezirken 26 Prozent, in einigen sogar 36 Prozent aller landesamtlich genehmigten Entbindungen ohne Hilfe von Hebammen statt; es war also ein großer Teil der Entbindungen unter Hinzuziehung von Pflückerinnen vorgenommen.

Die Hebammen erstreben eine Erhöhung ihrer sozialen Stellung, eine gleichmäßigere Beschäftigung und im Zusammenhang damit die Festigung eines höheren Garantiecharakters durch die Gemeinde dadurch, daß ihnen bestimmte Aufgaben der sozialen Fürsorge, insbesondere auf dem Gebiet der Säuglingsfürsorge übertragen werden. Es ist gar keine Frage, daß die modern ausgebildete Hebamme, insbesondere in ländlichen Verhältnissen, in die die Begriffsänderung noch nicht genügend hineinragt, kann, sehr wertvolle Arbeit leisten kann; die Gesundheitsfürsorge wird sich hierüber in dem Maße, wie die Ausbildung und die Qualität der Hebamme steigt, immer mehr ausbreiten. Eine Gemeinde allerdings hat die soziale Arbeit der Hebamme darin, daß sie der Inflation entgegenhalten muß, daß die Hebamme durch die Inflation ge- gefährdet halber nicht zu dem frischen Säugling gehen darf, auch für die Wärsitz in Württembergstellen aus dem gleichen Grunde nicht verwendet werden kann. Zusammenhänge hier besteht mancher Zukunftsprobleme, die im Interesse der Volksgesundheit und der Hebung des Standes zu begründen sind.

(Aus dem Jahrbuch für Frauenarbeit, Verlag des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten, C. B. Berlin.)

ung Stellung genommen und zugesagt, daß keine andere die Bedeutung der Fremdenmission und augenblickliche Not wohl würdiger, volle Unterst. für die Durchführung ihrer Wünsche zulag. Ich die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei, Herrpreden, das sie im Dezember 1926 in der Beratung der Bäderbetriebe gegeben haben, nun auch auszuführen. Sonst wird man mit Recht gegen den Zweck der Agitation gehen die deutschnationalen Abgeordneten in die Versammlungen und nachher gehen, und wenn es sich darum handelt, die Redungen zu halten, dann verlassen sie. Ich will nicht sagen, daß das Reichstagsmitglied über die Verhandlungsausschüsse bei behaupten Grundgedanken, am 1. Oktober oder „alsbald“, was auch nicht viel ist, kommt, sollten wir so lange warten, um diese Dinge und einfache Forderung in dem Geheiß voran? Wenn wir so lange warten, dann wird sicher jeder Teil dieser Bäder und Hotels im laufenden Jahr erbleit gehen. Aber können wir unter keinen Umständen zulassen, und nachdem die Regierungsparteien mit haben, daß das, was wir verlangen, berechtigt es ein englischer Eigensinn, wenn sie sich keine notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Parlamenten und Parteien

Mildes Urteil.

Die zweite Strafkammer am Landgericht Dresden die kürzlich als Berufungsinstant gegen den Kaufmann und Verlagsdirektor Friedrich Böhl, der in der des Schöffengerichts Dresden vom 7. Januar gegen Verurteilung des Reichstagsabgeordneten A. D. die drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, zum Teil überführt, in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der sozialistischen Partei in Bezug auf die inzwischen die Auslandsanleihe der Stadt Dresden im Betrag von 60 Millionen Reichsmark dem Reichsminister R. Kitz in seiner Eigenschaft als früheren zweiten Minister von Dresden den Vorwurf der Provisionsnahme gemacht zu haben. Das Berufungsgericht verhängte mildes Urteil. Die Berufung des Staatsanwalts wird verworfen. Auf die Berufung des Angeklagten ist einstimmig Urteil im Strafmaß dahin abzugeben, daß er wegen Verurteilung 1800 RM. Geldstrafe erhält, an deren Stelle im Falle der Untertreibung 90 Tage Gefängnis zu treten haben. Ein solches mildes Urteil, daß zur Wiederholung solcher Urteile geradezu ermuntert.

Höhe des „Freitags“

demokratische Seite wird ausgeschrieben. Urteil in dem Planener Prozeß kann in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug gerahmt werden. Wenn wir in Deutschland dahin kommen, daß die Verantwortlichen Staatsmann der Korruption und schlichte Beschäftigte, um ihn persönlich und politisch, mit Geldstrafe bestraft werden kann, ist es für Minister und Politiker, einen Ehrenspruch nicht mehr. Der Richter in Planen, der Strafe verhängte, ist ein absolut „weltfremder“ und zwar nicht nur im politischen Sinne. Wer nimmt, einen anderen zu vernichten, mag wissen, eine eigene Grifft auf Spiel setzt. Ein Versuch Geld dort es in solchen Fällen nicht geben. Richter der Republik! Scheinen auch sonst diese unangebrachte Milde zu üben. Von der dreifachen Unbeschäftigt hat sich gleichzeitig mit dem Prozeß ein anderes Verfahren abgepielt, dessen Höhe als ungeheuerlich bezeichnet werden muß. Der Reichsminister Dr. Kitz, war von fünf Parteien an dem Reichstagsabgeordneten vorgeworfen worden, sich mit 100.000 Mark beim, mit 700.000 Mark Amerikanern bei einer Auslandsanleihe beschaffen. Die erste Instanz verhängte über den einen Monat und über den zweiten Verurteilung ein Gefängnis, die Berufungsinstant milderte das auf 1000 Mark bzw. 1800 Mark Geldstrafe ab. Hier freilauf. Das Verfahren dauerte übrigens ein Jahr. Noch ungeheuerlicher war ein anderer, das über die Verurteilung eines den gebildeten angehörigen Verleumdung zu befinden hatte, hatte in einem öffentlichen Lokal die Äußerung der deutschen Judenrepublik könne man nur zu tun, wenn man ein Jude sei, wie Dr. Kitz Frau. Das letztinstanzliche Urteil lautete auf zwei, weil mit diesem Satz keine Missachtung der Religion, sondern nur ein „Werturteil“. Mit rechtlichen „Werturteilen“ gräbt man nicht nur den den der Gerichte, sondern auch der persönlichen im politischen Leben stehenden Persönlichkeiten.

von Hohenzollern 1918 und 1927.

an Hauke Wittelsbach. dem unaufrichtigen Streit der Fürsten von Hohenzollern und den Vertretern der preussischen Staatsregierung zur Charakterisierung des Fürsten von Hohenzollern der der Verhältnis mitgeteilt: 11. November 1918 erschienen im Schlosse zu den vier Vertretern der hohenzollernschen Bediensteten und unbefriedeten dem hohenzollernschen regierenden Fürsten von Hohenzollern folgende Forderungen: Verzicht auf Souveränität, Verzicht auf freie Gewerbe, Verzicht auf alle sonstigen Sonderrechte, z. B. Vortrittung im Landesausgleich, im Kommunalen in den Amtsausgleich, den Gemeindefunktionen. wurden noch die leerstehenden fürstlichen Räume für die Unterbringung und Erholung verwundeter und kranker Kriegsteilnehmer geordert.

Zwei hervorragendste Zentrumsleute, nämlich der frühere Reichstagsabgeordnete Amtsgerichtsrat Dr. Helzel und der frühere preussische Landtagsabgeordnete Partier, Brandhuber waren die Führer dieser Deputation und überbrachten in wohlgehehen Worten die Forderungen des an sich so ruhigen Fürstens im hohenzollernschen Landstrich. Der Fürst von Hohenzollern soll maßlos erstaunt gewesen sein über diese Forderungen. Aber man schied damals den 13. November 1918 und vier Tage zuvor waren die wirklich regierenden Kollegen dieses Fürsten von ihren Thronen verdrängt. Daher erklärte sich der Fürst von Hohenzollern mit der sofortigen Annahme der Forderungen des Volkes einverstanden. Das mal war der Mannesmut dieses Fürsten auf den Ruf des Fürsten und er wurde vor der vor ihm erschienenen Deputation zusammen, während jetzt nach fast neun Jahren er glaubt, wieder den stärksten Mann markieren zu können. Bei dieser Gelegenheit soll aber doch darauf hingewiesen werden, daß auch neuerdings gewisse Forderungen von Sigmaringen zu den Vertretern der Mittelsbacher, wieder auf den Thron zu kommen, laufen. Die Frau des jetzigen Fürsten von Hohenzollern ist eine Tochter des verstorbenen Königs Ludwig III. von Bayern. Die Söhne dieses Fürsten aus erster Ehe haben zwei Töchter des früheren Königs August von Sachsen geheiratet. Tatsache ist, daß man gerade in den Kreisen des Hauses in Sigmaringen immer noch auf die Wiederkehr fürstlicher Selbstherrlichkeit hofft und diese Hoffnungen vor allem auf die monarchistische Bewegung in Bayern stützt.

Deutsche Demokratische Partei

Wir bitten zu beachten:

- Einzelmitglieder und Vertrauensmänner, die keiner Ortsgruppe und keinem Kreisverein angehören, zahlen einen Beitrag von vierteljährlich M. 1.— an den Bezirksverband.
- Die Ortsgruppen mit Ausnahme des Unterbezirks Harz, des Landesverbandes Anhalt und der Ortsgruppe Magdeburg zahlen pro Mitglied an den Bezirksverband einen Beitrag von 15 Pf. vierteljährlich und den gleichen Beitrag für die Reichsgeschäftsstelle in Berlin.
- Die verbundenen Kreisvereine Unterbezirk Harz, Landesverband Anhalt und Ortsgruppe Magdeburg zahlen für jedes Mitglied an den Bezirksverband vierteljährlich 10 Pf. und an die Reichsgeschäftsstelle in Berlin 15 Pf.
- Jedes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei ist verpflichtet, für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation bemüht zu sein.
- Werbeanfragen sind stets den zuständigen Geschäftsstellen zu übermitteln und zwar für den Unterbezirk Harz nach Halberstadt, Paulsplan 22, für den Landesverband Anhalt nach Dessau, Kochsiedler Str. 4 und für alle übrigen Bezirke an die Geschäftsstelle in Magdeburg, Breiter Weg 139/140.
- Die Anschriften der gewonnenen Vertrauensmänner oder stillen Mitarbeiter aus den einzelnen Orten sind stets der Bezirksgeschäftsstelle bekannt zu geben.
- Allen Demokraten wird es zur Pflicht gemacht, sich für die Verbreitung der „Mitteldeutschen Rundschau“ zu bemühen.
- Alle Veranstaltungen sind möglichst selbstständig in der „M. R.“ bekanntzugeben und über den Verlauf dieser Veranstaltungen kurze Berichte einzufenden.

Der Herr Reichswehrminister schießt zu kurz!

Im letzten Heft der „Deutschen Republik“ steht sich der demokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Haas mit der in den Reichstagen verabschiedeten Auffassung auseinander, daß jede Kritik in militärischen Dingen als vaterlandswidrig abgetan wird. Es muß festgestellt werden, daß in der Reichswehr berechnete Kritik nicht nur peinlich empfunden, sondern in ihren Worten verdächtigt wird. Haas schießt seinen beachtenswerten Aufsatz mit folgenden Sätzen: „Wenn man sich in der Reichswehr einschließen wollte, Kritik nicht als unfeindliche Handlung, sondern als Ausfluß ernster Sorge zu betrachten und wenn man dort gleichzeitig bereit wäre, im Geiste einer gewissen Reform militärische Notwendigkeiten durchzuführen, dann könnten die Bräutigam Vorkriegs sofort gefassten sein. Eines allerdings wird die Vorkriegs immer fordern: ein klares offenes Bekenntnis zur Republik ist Gebot der republikanischen Staatsautorität.“

Es ist ein alter militärischer Grundsatz, in der Defensive die Offensive an sich zu reifen. Der Herr Reichswehrminister und seine Generale sollten aber, da wir nicht im Kriegszustand gegeneinander sind, das Prinzip nicht übertrieben. Es gab im Krieg Situationen, in denen eigene Truppen aufeinander geschossen haben. Die Feldartillerie hat besonders oft diese lebenswichtige Eigenschaft gezeigt. Wenn man erregt zurücktelefonierte, daß sie zu kurz schießt, bestritt sie es voll Stolz und mit eiserner Entschlossenheit. Ich vermute dem Herrn Reichswehrminister, daß er nicht weiß, wo die eigene Truppe steht und daß er seit 1923 fortgesetzt zu kurz schießt!

Planstellen für Angestellte der Reichsfinanzverwaltung.

Der Hauptausfluß des Reichstages hatte mit Unterstützung der Demokraten beschlossen, 370 Planstellen im Bereich der Reichsfinanzverwaltung (Landesfinanzämter) mehr einzustellen, um ältere, bewährte Dauerangestellte in das planmäßige Beamtenverhältnis zu überführen. Hierfür hatte auch die Deutsche Volkspartei gestimmt und damit dem Antrag zur Annahme verholten. Vor der Plenarberatung aber ist die Deutsche Volkspartei wieder umgefallen und hat mit den übrigen Regierungsparteien auf Betreiben des Zentrums die Streichung dieser Stellen beantragt und lediglich in einer Einschließung die Reichsregierung ersucht, um den für Beamte bereits bewilligten Stellen 370 mit Dauerangestellten zu besetzen. Welche Wirkung das in der Praxis haben wird, erhellet daraus, daß schon im Vorjahre die Regierung ersucht worden ist, 200 Planstellen mit Dauerangestellten zu besetzen. Sie hätte hierbei nur 30 Dauerangestellte berücksichtigt, der Rest wartet noch heute auf Anstellung. Bei der Plenarberatung stimmten Demokraten erneut für die Wiederherstellung der beantragten 370 Stellen; sie haben aber gegenüber den geschlossenen Regierungsparteien in des Minderheit.

Wiedereinstellung von Parteiführern.

Die Abgeordneten Kariel-Hannover, Kade, Herrmann-Breslau, Kiedel und Jall haben namens der Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei folgenden Antrag zur zweiten Beratung des Haushalts der Staatsbank im Preussischen Landtag eingebracht: „Das Staatsministerium wird ersucht, zwecks Entlastung des Fonds für Parteigelder auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß bei der Neueinstellung von Beamten bei der Reichsfinanzverwaltung in erster Linie mit auf die auf Parteigeld gesehen Beamten der ehemaligen Preussischen Staatsbankverwaltung zurückgegriffen wird.“

Kilometerbeste bei der Reichsbahn.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat zum Haushalt des Verkehrsministeriums nachstehenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wegen der Einführung von Kilometerbesten vorstellig zu werden.“

Die Staatsangehörigkeit der Ehefrau.

Ein Staatskonvention vorgeschlagen. In der Frage der Staatsangehörigkeit der Ehefrau ist es gelungen, einen überaus wichtigen Fortschritt zu erzielen. Auf Grund von Material, das die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders sammelte und dem Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Schüdting aus der Reichstagsfraktion stellte, beschäftigte sich die Expertenkommission des Völkerbundes für die Kodifikation des Völkerrechts, dessen Mitglied Professor Schüdting ist, mit der Frage der Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen. Die von Professor Schüdting vorgebrachten Fälle veranlassen die Kommission mit großer Mehrheit zu beschließen, den Staaten eine Konvention vorzuschlagen, wonach wenigstens die schlimmsten Fälle der Staatslosigkeit beseitigt werden sollen, darunter auch der, daß nach dem heuligen verschiedenen Recht großer Staaten vielfach die Frau durch ihre Heirat die bisherige Staatsangehörigkeit verliert, ohne eine andere dafür einzutauschen. Die Expertenkommission beantragte zur Prüfung dieser Frage beim Völkerbund die Einberufung einer allgemeinen Staatenkonferenz.

Damit ist es der Zusammenarbeit der beiden demokratischen Reichstagsabgeordneten gelungen, endlich den von ihnen seit langem verlangten Weg zur internationalen Regelung dieses unbilligen Zustandes frei zu machen.

Der Name der verheirateten Frau.

Ein demokratischer Antrag. Im Preussischen Landtag haben die Abgeordneten Frau Dr. Klaufer und die übrigen Mitglieder der Demokratischen Landtagsfraktion den nachstehenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dafür zu wirken, daß § 1355 BGB. durch folgende Bestimmung ergänzt wird: Die Frau ist berechtigt, dem Familiennamen des Ehemannes den eigenen Familiennamen anzufügen. Voraussetzung dafür ist eine Erklärung der Frau, die vor dem Standesbeamten abzugeben ist, vor dem die Ehe geschlossen worden ist. Diese Erklärung kann auch nach der Eheschließung abgegeben werden. Aus wichtigen Gründen kann der Mann der Frau die Ausübung dieses Rechtes unterlassen. Bei Widerspruch der Frau entscheidet das Amtsgericht des Wohnortes des Mannes.“

Reichskabinett und Lehrerbildung.

Im Bildungsausschuß des Reichstages wies der demokratische Abgeordnete Kanneberg darauf hin, daß er vom Vorsitzenden die Einberufung des Ausschusses verlangt habe, weil jetzt endlich in der Lehrerbildungsfrage Klarheit geschaffen werden müsse. In der letzten Sitzung des Ausschusses habe der Minister von Reichel erklärt, daß in aller Kürze eine Rabinetsentscheidung in der Lehrerbildungsfrage herbeigeführt werden solle. Nachdem darüber über drei Wochen verstrichen seien, könne man in dieser Frage nicht mehr länger warten. Jetzt müsse der Reichstag von sich aus die Initiative ergreifen und mitteilen, eine Teillösung herbeiführen, d. h. durch Reichsgesetz bestimmen, daß die Grundlage für die Lehrerbildung das Durchlaufen einer Volkshochschule sein müsse. Der Ab-

geordnete Rheinländer (Ztr.) erklärte die Frage für nicht so eilig und beantragte die Beratung des Ausschusses, bis das Kabinett einen Beschluß gefaßt habe.

Nachdem der Vertreter des Reichsinnenministers erklärte, daß das Kabinett voraussichtlich nach Ostern zur Lehrerbildungsfrage Stellung nehmen würde, beantragte der Abgeordnete Könnig, daß der Bildungsausschuß sofort nach Wiederzusammentritt des Reichstages Anfang Mai wieder einberufen werden solle, um dann eine Entscheidung über die Lehrerbildungsfrage herbeizuführen. Das wurde nach kurzer Aussprache beschloffen.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen

der
Deutschen Demokratischen Partei,
Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Dienstag, 3. Mai, abends 7½ Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Stammtisch: Dienstag, 26. April, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Erwünscht ist starke Beteiligung.

Demokratische Jugend: Freitag, den 22. April, abends 8 Uhr im Fräulein-Jugendheim (Zimmer 8) Bericht über den Reichsjugendtag.

Die Gruppe Nordfront-Alte Neustadt der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltet am Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr im Cafe der „National-Gesellschaft“ (Wohlfahrtsgasse), Söbepfortstr. 57, wieder einen Vortragsabend. Es sprechen: Stadtverordneter Köhler über: „Interessante Einzelheiten aus dem jüdischen Eilat“, ferner Dr. Schroeder über: „Aus der Arbeit des Reichsparteitages“. Wir bitten die Mitglieder der Stadtteilgruppe recht herzlich, diesen Vortragsabend sehr zahlreich zu besuchen. Eingeführte Gäste haben Zutritt.

Gruppe Wilhelmstadt. Nach langer Pause veranstaltet die Gruppe am Freitag, den 29. April, abends 8 Uhr bei Wichhaus, Eberstraße 1, einen Vortragsabend. Referate haben übernommen: Stadtverordneter Düre über: „Was muß jeder Bürger vom jüdischen Eilat wissen?“, Kaufmann Walther Sagl über: „Eindrud und Verlaufs des Samburger Parteitages“. Wir bitten unsere Mitglieder, an dieser Versammlung teilzunehmen und für guten Besuch zu werben. Eingeführte Gäste haben Zutritt.

Demokratische Jugend. Freitag, den 29. April, abends 7½ Uhr im Fräulein-Jugendheim, Zimmer 8, Vortragsabend. „Wie entsteht eine Zeitung?“ Redner: Redakteur Szwedzyk. Gäste willkommen.

Umland-Bund. Sonntag, den 15. Mai, Fahrt nach Potsdam mit dem Sonderzug, Preis 5.80. Besichtigung von Schloß und Park Sanssouci, Führung durch die Stadt. Näheres durch Rundschreiben. Anmeldungen bis 1. Mai im Parteibüro.

Reichsverband Deutscher Lederhändler, Ortsgruppe Magdeburg. Nachdem in zwei vorausgegangenen Versammlungen die Stadtorbunden Klame und Schüler über jüdische Wirtschaftskrisen und Steuerfragen gesprochen hatten, trat in der Versammlung am Donnerstag, den 14. April, Herr Stadtorbundenführer Düre in liebenswürdiger Weise einen wirtschaftlichen Vortrag über das Thema „Affektierung und Wirtschaft“ übernommen. Die Versammlung folgte dem äußerst interessanten Ausführungen mit größtem Interesse und dankte dem Vortragenden am Schluß seiner Ausführungen mit lebhaftem Beifall. Der erste Vorsitzende, Kollege Hoffmeister, überreichte dem Referenten den Dank der Versammlung, an der sich eine lebhaft und interessante Aussprache angeschlossen.

Mar Kallmann 7. Wir betauern den schmerzlichen Verlust eines aufrichtigen Freundes, des Kaufmanns Mar Kallmann. Der Verstorbene hat lebhaften Anteil genommen an den politischen Bestrebungen unserer Partei und wir werden ihm dafür ein ehrendes Andenken bewahren.

Wer hat bezahlt? Eingegangene Gelder: L. H. Schönlank 5,15 M., E. B. Gutenswogen 5 M., R. J. Gutenswogen 5 M., R. W. Gutenswogen 5 M., A. J. Gutenswogen 5 M., S. L. Gutenswogen 5 M., W. H. Loburg 4,80 M.

Bezirk Halle.

Wie der Rechtsobd. regiert.

Halle. Bei der brutalen Durchpeißung des Reichsetats, bei der besonders Kanonen durch Erhöhung seines Viererkanonens um 4 Millionen geschenkt wurden, haben die gegenwärtigen Regierungsparteien ihre unsoziale und kulturfremde Stellung in hellster Beleuchtung gezeigt. Man hat für die Kinderpeißungen 1 Million gestrichen, hat die Einstellung einer an sich geringfügigen Summe für die Erhaltungsfürsorge für Hausfrauen und Mütter abgelehnt, hat den demokratischen Antrag, 5 Millionen zur Förderung der Wohnungsfürsorge für Kriegsbeschädigte bereitzustellen, zurückgewiesen, hat die Beihilfe zur Förderung des Kleinärznerwesens verweigert, hat am Kanalbauprogramm Wägrische von 20 Millionen vorgenommen, hat die für das Hygienemuseum

verlangten 500 000 M. gestrichen, hat den demokratischen Antrag auf eine Beihilfe von 25 Millionen an die östlichen Grenzgebiete abgelehnt und besonders die St. Steuerung der Not der Junglehrer gestrichelt 2,5 Mil-

D. D. P. Halle

Mittwoch, 4. Mai, abends 8 Uhr
im Neumarkt-Schülenshaus

Mitglieder-Versammlung

Vorträge:
(je 20 Minuten Dauer)

1. Außenpolitik: (China — Polen — Abrüstung).
2. Innenpolitik: (Finanzausgleich. Sozialpolitik. Arbeitszeitgesetz).
3. Kommunalpolitik: (Erat. Neue Bauvorhaben. Fernheizwerk).
4. Bericht vom Reichsparteitag.

Aussprache

Die Mitglieder werden um rege Beteiligung gebeten. Einführung von Gästen erwünscht.

Der Vorstand.

tionen rücksichtslos gestrichen. Dazu schreibt die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“, die vom Deutschen Lehrerverein herausgegeben wird:

„Ein ausgebliebenes Ostereier hat der regierende Reichsstad in den notleidenden hollentlosen jungen Lehrern und Lehrerinnen beschert: er hat in dritter Lesung die 2½ Millionen Reichsbeschlüsse in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 185 Stimmen wieder gestrichen. Inere Abnung, daß mit der zweiten Lesung die ohnehin spärlichen Zuwendungen des Reiches an die darben Junglehrer noch nicht gestrichelt seien, hat leider nicht getrogen; es handelt sich ja nur um Kulturpolitik und die kulturellen Angelegenheiten sind Siegfrieder. Wir bewundern den Mut der Parteien, die den Leuten unseres Standes das armselige Süßlein Brot vorzunehmen wagen, indes die Dugend von Millionen für Kanonen und Kriegsschiffe bereit haben, über deren Gebrauchszeit im Ernstfall wir kein Wort verlieren wollen. Dugend von Millionen auch, um es überleben und lospflichtigen Verwaltungsapparat aufrecht zu erhalten. Ein Schrei der Entrüstung erhebt sich in unfern Kreisen gegen diese Art von Politik, wie sie von den herrschenden Parteien beliebt wird. Die Lehrerhaft und mit ihr die ganze Beamtenschaft wird mit diesem Reichstag noch allerhand Erfahrungen machen. Die Ablehnung der Beihilfe für die jungen Amtsgehilfen ist nicht der erste und wird nicht der letzte Beweis dafür sein.“

Die „Deutsche Lehrerzeitung“ hat Recht: Man wird noch allerhand Erfahrungen mit der Deutschen Volkspartei und mit den Deutschnationalen als Regierungsparteien machen. Aber diese Erfahrungen werden auch weitere Volkstreffen die Augen öffnen.

Der Name der Ehefrau.

Ludwig Müller-Sprenger-Halle.

Wenn Hugo Preuß sich einmal in seiner Selbstbewussten Art als Vater des Frauenwahlrechts bezeichnen, so sollte er damit zum Ausdruck bringen, welche Bedeutung sein Verfassungswerk für die Emanzipation der deutschen Frau habe. Die Weimarer Verfassung gibt aber nie in wiefern so auch hier nur programmatische Forderungen, deren Bewirkung der parlamentarische Parlamentarismus das Recht vorbehalten, besonders von demokratischen Frauenführerinnen erstrebt wird.

Im Rahmen dieser Arbeit haben die Abgeordneten Frau Dr. Klausner und Justizrat Fall in preussischen Landtage einen Antrag des Inhalts eingebracht, das Namensrecht der Ehefrau durch Ergänzung der bisherigen Vorschriften endlich klar zu umgrenzen und auch auf diesem Gebiete der in Artikel 119 AB. grundsätzlich festgestellten Gleichstellung der Geschlechter in der Ehe Regelung zu tragen.

In seiner heutigen Fassung begünstigt sich das BGB. bezüglich der Einwirkung der Ehefrau auf das Na-

Zur Beachtung!

Unsere Parteigeschäftsstelle in Halle befindet sich jetzt im Hause Leipziger Straße 87, 2 Treppen (Hauseingang neben dem Ufa-Kino und dem Spielwarengeschäft G. F. Ritter). Als Fernsprechanruf bleibt die bisherige Rufnummer 21277.

mensrecht der Frau mit der Feststellung: „Die Frau erhält den Familiennamen des Mannes.“ (S. 1355 BGB.) Es geht aber nicht ausdrücklich darauf ein, ob die Frau neben dem Ehenamen ihren Familiennamen beibehält, was heute in Rechtsprechung und Praxis überwiegend an-

genommen wird, und auch aus der Regelung des § 17 des einseitig von der Ehefrau adaptierten (§ 1758 BGB.) eindeutig herauszufließen ist. Dieser zufolge hat das Reichsgericht schon im Jahre 1 Ehefrau die Beihilfe ausgesprochen, bei unebere Gebrauch ihres angebornen Familiennamens durch die Namensschuldrecht des § 12 BGB. in Anspruch nehmen.

Selbst wird der Frau nach herrschender Meinung Recht zur Führung ihres Familiennamens statt ehen ihrem Ehenamen nur für besondere Fälle (K name, Erwerbsgeschäft usw.) anerkannt, wodurch grundsätzliche Einstellung eine wesentliche Einschränkung erleidet. Diese Mäde im Recht zu beschränken, erst Antrag Klausner-Fall, der den § 1355 BGB. zu stimmungen ergänzt wissen will, die der Frau vor Voraussetzung einer vorgängigen Erklärung von Standesbeamten das Recht zur Anführung ihres bornen Familiennamens an den des Mannes leisten sollen. Leider wird dieser schon recht ge Antrag durch einen offenbar aus der Feder des fraktionsvorsitzenden Fall kommenden Nachschuß eingeschränkt, demzufolge der Mann aus n Gründen der Frau die Ausübung dieses Rechtes sogen“ kann. Abgesehen von seiner unglücklichen rüttelt dieser Nachschuß bedenklich an der nachst hohen Forderung, der zufolge der Frau nicht i Recht auf ihren Familiennamen als ein eh mlihenpersönlichkeitsrecht erhalten, sondern auch Ausübung gewährleistet werden soll. Wie die Fr Eingebung einer Ehe den Stand in ihrer Familie und keines ihrer Rechte gegenüber ihren Zer verliert, so muß ihr auch ihr Namensrecht als B dieser Verwandtschaftsbeziehungen und die Ausübun selben grundsätzlich gewährleistet werden. Es ist nur zu wünschen, daß die preussische Staatsregierun den demokratischen Anträge möglichst weitgehend i und jmeds Einleitung der erforderlichen Gesetzesd die nötigen Schritte bei den hierfür zuständigen stellen unternimmt.

Halle. In der am Mittwoch, den 4. Mai, 8 Uhr im Neumarkt-Schülenshaus stattfindenden gliederversammlung soll den Mitgliedern Gästen ein neuer Vortragsmodus geboten werden. Die bisherige Art, über ein bestimmtes Them Referenten sprechen zu lassen, begrenzte den G leibenden Stoff auch bei 1½stündiger Dauer des V leider so, daß viele wichtige und interessante Gebi Fragen unerörtert bleiben mußten. Um dies werden, sollen Vorträge von je 20 Minuten Da verschiedenen Referenten gehalten und auf die nicht allein außenpolitische und innenpolitische und Probleme, sondern auch an demselben Abm munalpolitische Angelegenheiten erfaßt und be wunden. An das in der Vorträge Gebotene u dann eine Aussprache schließen und den Juhro gegenbit bieten, auf ihre Ansicht zu äußern. E hoffen, daß durch diese neue Vortragsform die B lung sich interessant gestalten wird.

Halle. Der Republikanische Frauenbund, Dr. Halle, führt kürzlich seine diesjährige Generalv lung ab. Zu Beginn der Versammlung gedachte i Vorsitzende, Frau M. Grauert, der verstorbenen deschwester Maria Weßling. Dann erhaltliche Kreisführer den Geschäftsbericht an und Frau G den Kassenbericht. Die anschließende Vorstandswa folgende Ergebnisse: 1. Vorsitzende wurde wiede Grauert, 2. Vorsitzende an Stelle von Fr. C Vorsitzende, Frau M. Grauert, 1. Schriftführerin Frau Jäger, 2. Schriftführerin Frau R. J. 1. Kassenführerin Frau T. Kassenführerin Frau M. Die am Ende der Versammlung die folgende Stellung zu den Beschlüssen der Bezirks konferenz der SPD. In hierzu wurde folgende C bund einstimmig gefaßt: „Der Republikanische F einen Angriff auf ihre Organisation an und de denselben als unzulässig und schädlich für beide O tionen. Dagegen fordert der Republikanische Frao ohne Unterschied von allen Mitgliedern tatkräftig arbeit in republikanischen Sinne“

Stärkt die Demokratie

Wer dem Vaterlande nützen will, für Einigkeit, Recht und Freiheit eintritt der reißt zur gemeinsamen Arbeit aller Gleichgesinnten die Hand.

Zur Aufnahme meldet sich:

Name: _____
Vorname: _____
Beruf: _____
Wohnort: _____
Straße: _____ Nr. _____
Bemerkungen: _____

Ausgefüllt einzusenden an die
Deutsche Demokratische Partei
für den Bezirk Halle,
Halle, Leipziger Straße
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preisprosa: 75 Halbfennig monatlich zusätzlich 6 Halbfennig Postzuschlagsspende. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Zeitungsvertrieb Dr. 27, entgegen. — Einzelhefte kosten 10 Halbfennig. — Rücknummern ermbilden dem Verlag von der Haltung für Verlagspreis und Zustellgebühr.

Abbestellungspreis: Für die abonnenten 10 Halbfennig. — Abbestellungsfrist: 14 Tage vor Ablauf des Monats. — Anzeigen im Rückheft 1 Mark. — Druck: Druckerei des Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Zeitungsvertrieb Dr. 27. — Schriftleitung: Halle (Saale), Zeitungsvertrieb Dr. 27. Fernsprecher Dr. 1277.

Nummer 17

Halle (S.), 23. April 1927

3. Jahrgang

Rückblicke und Ausblicke

Die Erinnerungen des Prinzen Max — Der letzte kaiserliche Kanzler — Vergebliche Warnungen — Amerikanische Taktlosigkeit — Wilhelm II. überbietet sie — Stresemanns Osterartikel — Frankreich lehnt die Initiative zur Rheinräumung ab — Russische Ausföhrung mit der Schweiz Teilnahme Moskau an der Weltwirtschaftskonferenz? — Die Rücksticht auf China — Japanischer Kabinettswechsel — Englische Absichten auf Hankau — Die dritte Armee im Reiche der Mitte — Bruch zwischen Moskau und Peking — Neue Gefahren auf dem Balkan — Mussolinis Nein

Prinz Max von Baden, des kaiserlichen Deutschlands letzter Kanzler hat nun nach acht Jahren seine Erinnerungen veröffentlicht. Sie stellen, so vorzüglich sie in der Form sind, eine leidenschaftliche Anklage dar. Grund genug für die Reichspresse, über den Prinzen herzufallen, den sie immer als einen Verräter am Kaiserthum oder als einen Fanatiker hingestellt haben. Den hohen sittlichen Gehalt seiner Ausführungen wagen sie allerdings nicht zu bestreiten. Man kann sein Schicksal in der Tat als die Tragödie des Idealisten bezeichnen. Das unterirdische Welt der Politik hat ihn nicht verschont. Er wollte nicht sich, sondern die große Sache, für die eine Nation kämpfte und litt. Er war deutsch, nichts als deutsch und hatte nicht die feindliche martelnde Gemüthsart anderer Völker, die das große Völkergeschehen nur als eine ausgebeutete Gelegenheit betrachteten, ihre eigene Hausmacht zu vergrößern und die Seitenlinien auf fremden Thronen unterzubringen. Freig genug hat Prinz Max von Baden die innere Unschlüssigkeit eines Sieges erkannt. So tritt er schweigend als Mahner und Warner auf. Schon zu Beginn des Jahres 1918, ehe die Offensiven Ludendorffs in Frankreich hienieden wütheten. Nach diesen Mißerfolgen wird er zum Reichskanzler ernannt. Wilhelm II. läßt ihn, als ihm der Schwager seiner Tochter die Gefahr für den Thron Deutschland genugsam zum Anusdruck bringt. Zu spät wird er benutzt, das erste parlamentarische Kabinet zu bilden. Ihm aber folgt er dem Ruf. Den Waffenstillstand hat er ab. Er erkennt die notwendige Aenderung, die eines Friedenszustandes auf ein von Militarismus behelgtes Meer und Völk haben muß. Pflichtgefühl zwingt ihn schließlich auch diese Selbstverleumdung ab. Und dann folgt am 9. November. Prinz Max von Baden will die Diktatorien, Kaiser und Kronprinz aber offen. In Baden tritt ihm das nie verziehen worden. Dort hält man auch heute noch Kaiserthum und die eigene Person für identisch. Inmitten der Vorkämpfer wurden gegen Max erhoben, weil er die Kaiserliche Politik nicht weiter verfolgte. In Wahrheit ist eine solche Tat, die uns Stürme wüthet erparie. Mit der Reichsregierung des letzten Hohenzollern auf dem Thron fand sich eben gemächlich ab. Er dachte an Deutschland, Wilhelm II. und seine Anhänger nur an sich. Und noch eines ist er, was wir ihm danken. Er machte Ebert zu seinem Nachfolger. Wenn jemand, dann hat er die Ehre der ersten Kaiserlichen gestiftet. Einer der wenigen in ihrem Reiche, der ehrlich national war. Daß die Deutschenationalisten dafür kein Verständnis haben, begreifen wir durchaus.

Nach Blättermeldungen hat ein amerikanisches Kabinet in Boston Wilhelm II. zu einem Geleitwort für die Totenfeier der im Kriege Gefallenen aufgefordert. Es ist geschmacklos und lediglich Sensationsbedürfnisse ähnelnde. Diese Art Amerikanismus steht sich gern über die Grenzen des Landes hinweg. Verteidigt auch die eigene Haltung. Jeder habe geglaubt, für eine gute Sache zu kämpfen. In Taktlosigkeit wurden aber die merkwürdigen noch überboten. Aus Doorn kam ein Antwort, die Sympathie und Klauen hatte, ein Privatstimmen er die dünne amerikanische Politik. Sachlich hat der Kaiser nicht unterschätzt, und in den Vereinigten Staaten wurde ja auch nachträglich mit Wilson Gerüst hatten. Nur durfte er das nicht schreiben lassen, denn schließlich war er es, der, wenn auch nur scheinbar, den besten bessere Ueberzeugung, die Zustimmung zum beschränkten W-Boostriffen ertheilte und damit den Weg zum Eingreifen lieferte. Klänge der Erfolge nicht auf das deutsche Volk, so hätte er sich diesen Erfolg part, der darüber nur verschlimmern kann. Auch man von ihm nicht mehr verlangen, als er zu leisten vermag. Das Urteil über ihn, den größten Missethäter der Weltgeschichte, wie ihn Oskel Edward in London nannte, ist abgemessen fest.

In einem Osterartikel der Römischen Zeitung hat wiederum die deutsch-französische Beziehungen besprochen. Er schloß den Artikel die Initiative für die Rheinräumung zu. Offensichtlich in der wohlgemeinten Absicht, aus keine Frage zu machen, sondern den Franzosen eine Gelegenheit zu einer großen Geste zu bieten. Es Echo war das. Daß der Temps und der Matin sich

stimmlich lobhaft dargelegt worden, begreifen wir nur Not, aber selbst Wälder der Linen haben recht unfreundliche Töne gefunden. Man wolle, daß der Reichsaussenminister keinerlei Gegenangebote zu bieten habe. Diese Darstellung ist schief und verächtlich doch eine gewisse Unerschütterlichkeit, dem Deutschland hat sein Jugendschicksal bereits in Locarno gemacht. Der freiwillig und endgültige Bericht auf Elbehochbringen ist ein gewaltiges Opfer, das der Sicherheit Frankreichs gebracht worden ist, und für das wir bisher keinerlei Vergütung erhalten haben. Die Räumung Kölns war durch den Vertrag gegeben, gehört also überhaupt nicht in das Kapitel Locarno. Die Aufhebung gewisser Rheinlandvorschriften, die zum Teil rechtswidrig waren, konnte nur eine Selbstverständlichkeit darstellen. Berichtigungen auf der Rheininsel sind uns, um dafür die Freiheit des Rheines einzutauschen. Wenn Deuere fragt, was wir finanziell dafür zu gewähren hätten, so können wir nur darauf antworten, daß Deutschland ja bereit war, die Eisenbahnobligationen sofort in Höhe von 2 Milliarden zu mobilisieren, daß aber dieser Vorschlag an der Finanzpolitik Bonaires und seiner Ablehnung des Washingtoner Südenabkommens gescheitert ist. Nachdem Frankreich offenbar nicht geneigt ist, mit uns zu verhandeln, müssen wir handeln. Der Artikel 10 der Völkervereinbarung und einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages geben uns ein Recht auf vorzeitige Rheinräumung. Man wird sich hauptsächlich in Paris nicht wundern, wenn Deutschland eines Tages auf diese Paragrafen gestützt sein gutes Recht fordert. Für eine große Geste ist dann keine Zeit mehr.

Die Russen haben ihren Frieden mit der Schweiz gemacht. Die unglückselige Ermordung Vorowits wird nachträglich gelöst. Eigentlich hatte das die Eidgenossenschaft längst zugestanden, und man sieht vergeblich die beiden amtlischen Communiquees durch, um etwas Neues darin zu entdecken. Nicht einmal die Schwabenerjahre ist festgesetzt worden. Man hat sich in Berlin, dem einzigen Ort, wo beide Staaten diplomatisch voll vertreten sind, aber übrigens ohne Zutun der Reichsregierung, lediglich gegenseitig geeinigt, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Also hat Moskau das getan, was es vor Jahresfrist ablehnte. Dafür müssen schon Gründe vorhanden sein. Und sind es auch. Bisher wollten die Russen einen Vorwand haben, um Schweizer Boden nicht zu betreten. Der Völkervereinbarung haben sie noch heute ab, das hat die Rede Kaptans auf dem russischen Kongreß gezeigt, aber ausschalten lassen will man sich in Genf nicht mehr. Auf der Weltwirtschaftskonferenz werden Vertreter der Sowjet-

Wenn Rußland so einen Wandel vollzieht, geschieht es vermutlich im Hinblick auf China. Nicht die streitenden Parteien hatten die Entscheidung in Händen, sondern die Großmächte, die unangekündigt hinter den Kulissen tätig sind. Der Kampf spielt sich in erster Linie zwischen Rußland und England ab. Amerika hält sich zurück. Italien, im britischen Schlepptau, hat dort keine übermäßigen Interessen zu verteidigen, und Frankreich kann sich nicht zu weit vorwagen, um nicht seine Kolonien Indochina zu gefährden. Bleibt eigentlich nur Japan als Dritter im Bunde. Es ist in der Tat auch stark unwohl, macht aber vornehmlich seine eigene Politik. Obwohl durch eine Wirtschaftskrise von gewaltigem Umfang schwer erschüttert, scheint das neue Kabinet, das eben erst aus der Opposition geschieden worden ist, etwas an gepanzerte Front zu denken. Der Einbruch ist jedenfalls vorläufig der eines entschlossenen Nachwärtswillens. Nur, wie er sich äußert, kann man beim besten Willen noch nicht übersehen. Sicherlich nicht im englischen Sinne, denn wenn man in London einschloffen scheint, die gute Gelegenheit wahrzunehmen, und sich für alle Zeiten in Ostaustralien und Neuseeland häuslich niederzulassen, so trifft das bestimmt nicht mit der japanischen Auffassung zusammen, die letzten Endes alles als eigene Domäne betrachtet. Zunächst freilich wird man in Tokio kaum geneigt sein, eine offene Gegenwehr mit dem Briten herauszulassen, schon um nicht eine Gemeinwohlgefährdung der Angehörigen zu erzielen. Aber wir sind es gewohnt, daß Japan seine Ziele ruhig und auf lange Sicht hin verfolgt. Das haben wir auch in Klaustrich erlebt. Der Kampf um das Reich der Mitte beginnt erst, wenn der Kampf im Reich der Mitte beendet ist.

Die Vorgänge in China selbst lassen an Verwirrung nichts zu wünschen übrig. Dem Fremden wird es nachlos schwer, sich in diesen Kämpfen recht zu finden. Seitdem vor wenigen Tagen Tsching Kai Schou unter Bruch mit den Kommunisten eine dritte Regierung errichtet hat, kann man überhaupt keine Prognostikationen mehr aussprechen. Es ist ein Chaos, das sich nicht überwinden wird.

colorchecker CLASSIC

Damit die...
famt, hat...
die Zugfla...
den Frank...
als unabh...
die Hanf...
der unter...
anderer g...
Vorans...
berührt w...
war. Dem...
sich die...
Konflikt...
heillos z...
Die franz...
und engl...
Presse n...
ihari g...
Mussolin...
nehmen...
gegen...
über bes...
daß kon...
die Time...
wie der...
Matin a...
mlische...
Meinung...
dabei v...
vertr...
den am...
Wert, v...
nentlich...
aus die...
Diplom...
aten am...
Sturm z...
beschw...
und die...
man ist...
sich in...
allen...
Saupt...
schleiben...
darüber...
klar, daß...
man ist...
sehr w...
achsam...
sein mü...
wenn ma...
nicht...
eines...
Lages...
von ein...
Balkan...
krieg...
übertr...
werden...
bei die...
Lage...
Frankr...
das als...
Bundes...
genoffe...
Zugfla...
nicht...
preisge...
benn. W...
selbst...
müssen...
natürl...
unse...
Neutra...
littig...
bewahr...
Richard...
Mag.

Geht Sie das an?

Haben Sie schon in diesem Jahre für die Partei ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann beileben Sie sich, damit wir Sie in die Liste der Förderer eintragen können.

Jeder organisierte Demokrat hat im Laufe dieses Jahres der Partei ein neues Mitglied zuzuführen.

regierung wohl nun erscheinen. Vielleicht aus wirtschaftlichen Erwägungen, obwohl man sich über die Erfolge des Systems in Moskau noch jetzt überschwindlich äußert. Sehr ernst nehmen wir diese Möglichkeit nicht. Viel größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß man am Lac Veman nur ein klein wenig irritieren will. Dort findet man sich zwanglos mit den Staatsmännern aller Völker zusammen. Und Rußland kennt keine Feinde, kennt aber auch die heimlichen Gegner dieser Feinde. Da läßt sich vielleicht das eine oder andere anspinnen.